

Vorläufiges Programm

GESELLSCHAFTLICHE SPALTUNGEN

Kongress der Neuen Gesellschaft für Psychologie

vom 9. bis 12. März 2017

mit Unterstützung und in den Räumen
der Rosa-Luxemburg Stiftung in Berlin

(Stand: 13.12.2016)

Der Ausgangspunkt

Die Rechtsentwicklung in Deutschland und Europa ist ein Warnsignal für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Sie verweist auf gesellschaftliche Fehlentwicklungen, die sich vor allem in wachsenden gesellschaftlichen Ungleichheiten, Ungerechtigkeiten und der Aushöhlung der Demokratie manifestieren und die Gesellschaft zu spalten drohen.

In allen Lebensbereichen sind Ungleichheiten und Ungerechtigkeit zu finden, die sich zu Spaltungen, zu Inklusion und Exklusion vertiefen können, u.a. im Bereich der Arbeit, der Gesundheit, der Bildung, Wohnung und der Infrastruktur. Achsen, entlang derer sich Ungleichheiten vertiefen (können) sind: Nord-Süd, Alt-Jung, Lohnarbeit-Kapital, Mann-Frau, Stadt-Land, ethnische oder religiöse Mehrheit-Minderheit. Die Ungleichheiten sind nicht nur Ergebnis unterschiedlicher Bedingungen, sondern zugleich auch von den Herrschenden gewünscht: die Konkurrenz macht die Arbeitskraft billiger, die miteinander konkurrierenden willfähriger, erleichtert das Regieren.

Zur Zeit in den Vordergrund gerückt wird die nationalistische Entgegensetzung von Flüchtlingen und Einheimi-

schen, mit der ein Gegensatz von Islam und »westlicher Wertegemeinschaft« aufgebaut und personifiziert wird und auf diese Weise Hass und Konkurrenzängste innerhalb der einheimischen Bevölkerung gegenüber »Außenseitern«, »Zuwanderern«, »Fremden« geschürt werden. Diese Gegensatz-Konstruktionen verdecken die zunehmende Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich, in politische Klasse und Bevölkerung, zwischen Lohnarbeit und Kapital. Deshalb können die Erfahrungen von gesellschaftlicher Ungleichheit und Ungerechtigkeit, die die Bevölkerung tagtäglich erlebt, gegen die »Fremden« gewendet werden, die den Einheimischen vorgeblich das wegnehmen, was ihnen bereits vorher gefehlt hat:

Lohn, der zum Leben reicht, eine Gesundheitsversorgung, die nicht vom gesellschaftlichen Status und verfügbaren Finanzmitteln abhängig ist, ausreichender bezahlbarer Wohnraum, eine bedarfsgerechte, allen Bevölkerungsschichten zugängliche Infrastruktur und nicht zuletzt chancengleiche Zugänge zu Bildung und Ausbildung als Grundvoraussetzungen für die qualifizierte Teilhabe an einer existenzsichernden Erwerbsarbeit wie auch am politischen Leben.

Klaus-Jürgen Bruder, Christoph Bialluch, Jürgen Voges, Ophelia Solti, Jürgen Günther, Bernd Leuterer, Raina Zimmering und Werner Köpp für die Vorbereitungsgruppe

Donnerstagnachmittag

ab 13:30 Uhr

Einschreibung zum Kongress

14:30 Uhr

Gemeinsame Arbeitsgruppe »Psychoanalyse und Gesellschaft« der NGfP und DGPT zum Thema des Kongresses

*Moderation: Prof. Dr. Klaus-Jürgen Bruder
und Dr. Karsten Münch*

Dr. Anton Perzy
Gesellschaftliche Spaltungsprozesse im
Subjekt. Anmerkungen zu den psycholo-
gischen Mechanismen ihrer Entstehung
und Aufhebung.

Prof. Dr. Michael Schneider
Lesung aus »Ein zweites Leben«.

Dr. Boris Friele und Kathrin Groninger
»Die anderen kriegen alles, wir kriegen
nichts.« Psychosoziale Arbeit im
Spannungsfeld der Notunterkünfte für
geflüchtete Menschen.

Donnerstag Abend

19:30 Uhr

Öffentlicher Eröffnungsvortrag (freier Eintritt)

Dr. Ulrich Schneider

Kein Wohlstand für alle!?

Wie sich Deutschland selbst zerlegt und
was wir dagegen tun können.

21:00 Uhr

Empfang der NGfP

Übersicht Donnerstag

Freitagvormittag

8:30
Einschreibung zum Kongress

9:30 Uhr
Moderation: N.N.
Begrüßung

9:45 Uhr
Dr. Christoph Bialluch, Prof. Dr. Klaus-Jürgen Bruder, Jürgen Voges
Gesellschaftliche Spaltung(en).

11:00 Uhr
Prof. Dr. Hermann Klenner
Nachdenkenswertes über Gerechtigkeit versus Ungerechtigkeit.

12:15 Uhr
Dr. Almuth Bruder-Bezzel
Die Attraktivität des Rechtspopulismus.

Freitagnachmittag

Panel A

SOZIALE AUSGRENZUNG
Moderation: N.N.

14:30 Uhr
Dr. Natalie Grimm
Statusakrobatik. Biografische Verarbeitungsweisen von Prekarisierungsprozessen.

15:45 Uhr
Manfred Bartl
Verloren zwischen all den Stühlen.

17:00 Uhr
Lutz Hausstein
Der Kampf um die Deutungshoheit des Konzeptes der »relativen Armut«.

Panel B

RECHTSEXTREMISMUS
Moderation: N.N.

14:30 Uhr
Andreas Kemper
Klassistische Kollektivsymbolik, Proletarische Protestmännlichkeit, AfD.

15:45 Uhr
Manfred Kalin
Zur gewaltförmigen Sexualökonomie nationalistischer Charaktere – Wilhelm Reichs »Massenpsychologie des Faschismus« zeitgemäß interpretiert.

17:00 Uhr
Christel Buchinger
Die gefährliche Spaltung der Unteren.

Freitagnachmittag

Panel C

MEDIEN

Moderation: N.N.

14:30 Uhr

Uli Gellermann

Deutschland sucht den Super-Bettler.

15:45 Uhr

Prof. Dr. Mark Galliker

Wie stellt Angela Merkel in ihren Reden und Interviews gesellschaftliche und soziale Ungleichheiten dar?

17:00 Uhr

Wolf Wetzel

Über gesellschaftliche Ohnmacht und systemische Übermacht.

Freitagnachmittag

Panel D

PRAXIS

Moderation: N.N.

14:30 Uhr

Dr. Mihaela Icodean

Von Herrschaftsverhältnissen in sozialen Einrichtungen.

15:45 Uhr

Dr. Carina Lopez Uribe

MigrantInnen – gespaltene Subjekte.

17:00 Uhr

Dr. Regina Girod

Auswirkungen von Ungleichheit und Ungerechtigkeit auf den Wertbildungsprozess in Deutschland lebender Jugendlicher mit Migrationshintergrund.

Freitagabend

18:20 Uhr

Plenum zur Reflexion des Kongresstages.

im Anschluss

Vorstellung des Journal für Psychologie.

Übersicht Freitag

Samstagvormittag

ab 08:30 Uhr

Einschreibung zum Kongress

9:30 Uhr

Moderation: N.N.

Begrüßung

9:45 Uhr

Prof. Dr. Christoph Butterwegge

Der Neoliberalismus und die drei
Großen Erzählungen unserer Zeit:
Globalisierung, demografischer Wandel
und Digitalisierung.

11:00 Uhr

Prof. Dr. Gerd Bosbach

Die Welt der Renten aus den Fugen.

12:15 Uhr

Magda von Garrel

Der Beitrag der Schule zur Vertiefung
der gesellschaftlichen Spaltung.

Samstag Nachmittag

Panel E

Globale Ungleichheit

Moderation: N.N.

14:30 Uhr

PD Dr. Josef Berghold

Der Zwang zum angeberischen und
neidischen Sich-Vergleichen als bleierne
Barriere gegen soziale Gleichheit und
Solidarität.

15:45 Uhr

Prof. Dr. Raina Zimmering

Spaltung versus Diversität. Ideen
zur Einhegung von Ungleichheit und
Ungerechtigkeit am Beispiel des
Zapatismus.

17:00 Uhr

Georg Rammer

»Warum hassen sie uns?«

Samstagnachmittag

Panel F

SUBJEKTSPALTUNG

Moderation: N.N.

14:30 Uhr

Dr. Timo K. Werkhofer
Ökonomische Ungleichheit und
politische Subjektivität. Anmerkungen zu
Hardt & Negris »Common Wealth«.

15:45 Uhr

Dr. Christian Dewanger
Ungleichheit als Produkt neoliberaler
Selbstverwirklichungsideologie.

17:00 Uhr

PD Dr. Rudolf Stummlinger
Neoliberalismus als Konter-Utopie.
Zur Übernahme und Abwandlung
gesellschaftlicher Träume im Sinne von
Kapitaleignern.

Samstagnachmittag

Panel G

POLTIK UND THEORIE

Moderation: N.N.

14:30 Uhr

Dr. Werner Rügemer
Arbeitstitel: Eine polit-ökonomische
Darstellung der »Arbeitsmarktre-
formen«.

15:45 Uhr

Gerhard Hanloser
Die Neuste Linke als erschöpfte Kraft
auf dem Feld der Ungleichheiten

17:00 Uhr

Prof. Dr. Friedrich Voßkuhler
Gerechtigkeit? Was ist das?

Samstagabend

18:20 Uhr

Abschlussplenum.

im Anschluss, ca. ab 19:30 Uhr
Geselliger Abend mit kleinem Buffet und
Zauberei von Michael Schneider

Sonntagmorgen

11:00 Uhr

Mitgliederversammlung der NGfP

Übersicht Samstag/Sonntag

Abstracts in alphabetischer Reihenfolge

Manfred Bartl

Verloren zwischen all den Stühlen.

Der Status Langzeiterwerbslosigkeit weist Menschen in einer »Überfluss«-Gesellschaft einen Platz zwischen all den Stühlen in Armut zu, an dem sie nach dem Idealbild der Herrschenden nicht einmal nur arbeitslos sein dürfen, sondern sich zumindest beim Pfandflaschensammeln zu bewähren haben. Als Hartz IV noch als »Reform« galt, wurde als Ziel ausgegeben, »Verschiebebahnhöfe« der beiden steuerfinanzierten Fürsorgeleistungen Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zu beseitigen. Heute ist die Zahl der Verschiebebahnhöfe entgrenzt: Alg II, Sozialgeld, Sozialhilfe, Kindergeld und Elterngeld, Unterhaltsvorschuss, Wohngeld, Kinderzuschuss, Unterhaltsvorschuss, Tafel...

Der perfideste »Verschiebebahnhof« wird im Menschen angelegt: Jobcenter sollen Vermittlungshemmnisse abbauen, um eine Integration in den ersten Arbeitsmarkt zu bewerkstelligen. Das entscheidende Vermittlungshemmnis aber wird man nur mit dem nächsten Job wieder los: die Langzeiterwerbslosigkeit selbst.

Das Bundesverfassungsgericht hob 2010

das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums aus der Taufe. 2011 ersann der Gesetzgeber das Bildungs- und Teilhabepaket, mit dem Leistungen für Teilhabe von Kindern aus dem Teilhabesichernden Regelbedarf herausgenommen wurden. Statt die Revolution zur Wiederherstellung des Sozialstaats auszurufen, degenerierte die öffentliche Meinung weiter im Sinne des vom »Philosophen« Peter Sloterdijk schon 2009 veröffentlichten Essays »Die Revolution der gebenden Hand«.

Langzeiterwerbslosen wird viel vorgegaukelt, was sich in ihrem Leben nicht real darstellen lässt. Es herrsche Vollbeschäftigung, obwohl Massen arbeitslos sind. In der Bildungsrepublik mit ihrem Lebenslangen Lernen wird die eigene Qualifikation im Jobcenter bis zur Äquivalenz mit Ungelernten entwertet. Prospekte verheißen überall Sonderangebote, aber man hat keine Fahrkarte, um überall hinzukommen. Selbst die persönliche Arbeitslosigkeit wird konterkariert durch den Aufwand im Zuge der Verfolgungsbetreuung durch das Jobcenter.

Die Zahl der aus dem Fokus der Öffentlichkeit ausgeblendeten Menschen ist unter Hartz IV weit höher als vor 2005, als »nur« die Menschen im Sozialhilfebezug unsichtbar gemacht wurden. In der Langzeiterwerbslosigkeit hat man weder mediale Aufmerksamkeit, noch tätig werdende Fürsprecher.

Der Zustand führt im rasenden Stillstand bis hin zu einer Entgrenzung der Persönlichkeitsstruktur, die ich nicht mehr nur Exklusion nenne, sondern (Ex-)Kavitation.

Manfred Bartl, Dipl.-Chem., Studium der

Chemie mit Schwerpunkt Biochemie in Mainz; Buchveröffentlichung: Das fröhlicher Wörterbuch Chemiker. München (TOMUS) 1995; Chat Manager, Lektor, Technischer Redakteur, Datenbank-Programmierer; Aktiv bei Attac, Mainzer Initiative gegen Hartz IV, der Gewerkschaft ver.di, Linkswärts e.V., der Partei DIE LINKE, sowie bei drei Sozialberatungen, darunter die LINKE HILFE Mainz e.V.; Erwerbslos seit 2005, Langzeiterwerbslos (Hartz IV) seit 2007; viele politische Aktionen, darunter Schwarzfahren für Gerechtigkeit seit 2009.

Josef Berghold

Der Zwang zum angeberischen und neidischen Sich-Vergleichen als bleierne Barriere gegen soziale Gleichheit und Solidarität.

Wenige Symptome machen die Verankerung von Ungleichheit in unserer Gesellschaft so deutlich wie die verbreitete Blindheit für die ungeheuren Leiden, Schäden und Verluste, die durch sie verursacht werden. Nur durch intensive Widerstände kann die (sich eigentlich dem nackten Auge aufdrängende) Wahrnehmung abgeblockt werden, wie viel vermeidbare Zerstörung durch ein ausbeuterisches Gefälle an Lebenschancen angestiftet wird – und wie unvergleichlich besser dem Gemeinwohl durch eine gerechtere und solidarischere Ordnung gedient wäre. Wie viele Ängste und Entbehrungen man überwinden und wie weitaus sinnvoller und effizienter man die verfügbaren Ressourcen nützen könnte. Um dieser Blindheit auf den Grund zu gehen, bietet sich ein Phänomen exemp-

larisch an, das unser gesellschaftliches Leben großflächig überschattet: die zwanghafte Neigung, die eigene Position durch ein angeberisches und neidisches Vergleichen mit anderen »abzustecken« – mithilfe von Besitztümern, Konsumstilen, Statussymbolen, Ehrentiteln oder Auszeichnungen in Wettbewerben aller Art. Die von Angst und Gier getriebene Unruhe, wie gut oder schlecht man diesbezüglich denn selbst wohl »dastehe« (im Vergleich zu Nachbarn, Kollegen, Bekannten, Verwandten, zu Eigen- oder Fremdgruppen), scheint entscheidend dazu beizutragen, unser überragendes Interesse an der Gleichheit aller Menschen in Würde und Rechten aus den Augen zu verlieren. Unter dem Einfluss dieser obsessiven Sorge können sich sogar Wohlhabende grob benachteiligt vorkommen oder umgekehrt schwer benachteiligte Mitmenschen als (im Vergleich zu sich und seinesgleichen) »skandalös privilegiert« wahrgenommen werden.

Auf der Ebene eines relativ auffälligen Sozialverhaltens mag diese Obsession oft fast als Gemeinplatz erscheinen – ob nun in Sozialwissenschaften, Satire oder Alltagsbeobachtung. Seltener finden die spezifischen Inhalte der mächtigen Phantasie Beachtung, die dahinter erkennbar wird: dass soziale Anerkennung (beachtet, geehrt, geschätzt, geliebt... zu werden) ein verzweifelt knappes Gut sei, das man anderen wegnehmen müsse, um selbst genug zu bekommen. Die tiefen narzisstischen Verletzungen, die diese Phantasie antreiben, liefern Anhaltspunkte für einen geschärften Blick sowohl auf das Funktionieren von Herrschaftsverhältnissen als auch auf durch sie behinderte psychische Reifungsprozesse.

Josef Berghold, PD Dr., Sozialpsychologe. Lehrtätigkeit an den Universitäten Lüneburg und Innsbruck. Arbeitsschwerpunkte: Feindbilder/Vorurteile, interkulturelle Entwicklung, globale Gesellschaft, ökologische Nachhaltigkeit, Wurzeln von Solidarität und Sozialdarwinismus, Deutungen des Unbewussten auf öffentlicher Ebene. Derzeit: Buchprojekt »Plädoyer für eine gesellschaftliche Entschleunigung« (Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf, Inst. f. Allgemeinmedizin). Buchpublikationen: u.a. Feindbilder und Verständigung (3. Aufl. 2007), Vicini lontani (2003).

Christoph Bialluch, Klaus-Jürgen Bruder, Jürgen Voges

Gesellschaftliche Spaltung(en).

Einführende Bemerkungen zum Thema des Kongresses.

Christoph Bialluch, Dr. phil. Dipl.-Psych., erfüllt Lehraufträge an Universitäten, Hoch-, Fach- und Berufsschulen, wo er Psychologie von der Altenpflege über Heil- und Sozialpädagogik bis hin zur Theaterdramaturgie unterrichtet. Sein wissenschaftliches Interesse gilt der Theorie und Geschichte der Psychologie, vor allem der Psychoanalyse und ihrer gesellschaftlichen Bezüge. Er ist zweiter Vorsitzender der Neuen Gesellschaft für Psychologie (NGfP) und beteiligt sich am Aufbau des Diagnostisch-therapeutischen Netzwerks Extremismus (www.dne-deutschland.de)

Klaus-Jürgen Bruder, Prof. Dr. phil. habil., geb. 1941, ist Psychoanalytiker, Professor für Psychologie und erster Vorsitzender der Neuen Gesellschaft für Psychologie (NGfP). Wichtigste Veröffentlichungen:

Subjektivität und Postmoderne. Der Diskurs der Psychologie. Frankfurt (Suhrkamp) 1993; Jugend. Psychologie einer Kultur. (mit Almuth Bruder-Bezzel) München (Urban & Schwarzenberg) 1984; Psychologie ohne Bewußtsein. Die Geburt der behavioristischen Sozialtechnologie. Frankfurt (Suhrkamp) 1982; Lüge und Selbsttäuschung (mit Friedrich Voßkuhler). Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) 2009.

Jürgen Voges, lebt und arbeitet als Freier Journalist in Berlin und publiziert in Tages- und Wochenzeitungen zu politischen und wirtschaftlichen Themen. Während seiner über 30-jährigen Berufstätigkeit als Journalist arbeitete er unter anderen in Berlin und Hannover 15 Jahre lang für die Nachrichtenagenturen ddpd und AP als Wirtschaftsredakteur und landespolitischer Korrespondent. Zuvor war er ab 1982 in Hannover als Niedersachsen-Korrespondent der Tageszeitung »taz« tätig. An der Universität Hannover hat er Politische Wissenschaften und Geschichte studiert. Er ist Mitglied des Vorstands der NGfP.

Gerd Bosbach

Die Welt der Renten aus den Fugen.

Durch viele Veränderungen ist das Vertrauen in eine auskömmliche Rente stark erschüttert worden. Entsprechende Ängste erfassen schon unsere Jugend mit vielen negativen Folgen. Hier muss umgesteuert werden. Einfache geschichtliche und volkswirtschaftliche Überlegungen widerlegen die Verantwortung der demografischen Entwicklung für diesen Prozess. Stattdessen sind einflussreiche Nutznießer

die Betreiber des Sozialabbaus. Das klare Wissen darüber ist Voraussetzung zum Umsteuern.

Gerd Bosbach, Prof. Dr. an der Hochschule Koblenz, Standort Remagen, lehrt Statistik, Mathematik und Empirie. Forschungsschwerpunkte: Statistik-Missbrauch, Arbeitsmarkt- und Bevölkerungsstatistik (Demografie), Armut (im Alter), volkswirtschaftliche Aspekte der Gesundheitsfinanzierung. Tiefen Einblick in die amtliche Statistik und den Umgang der Politik mit diesen Daten erhielt er bei seiner Tätigkeit im Statistischen Bundesamt, wo er verantwortlich Finanz- und Wirtschaftsministerium und die wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages beriet. Zahlreiche Veröffentlichungen, Vorträge und Interviews (s. auch <http://www.hs-koblenz.de/rac/fachbereiche/wiso/racler-on-tour/>). Januar 2011 erschien mit großem medialem Echo sein Buch »Lügen mit Zahlen – Wie wir mit Statistiken manipuliert werden«, geschrieben mit dem Politologen Jens Jürgen Korff. November 2012 erschien das Buch »Armut im Alter – Probleme und Perspektiven der sozialen Sicherung«, herausgegeben von Chr. Butterwegge, G. Bosbach und M. Birkwald. Gerd Bosbach erhielt 2006 den Ehrenpreis des Büros gegen Altersdiskriminierung.

Almuth Bruder-Bezzel

Die Attraktivität des Rechts-populismus.

Um die Anziehungskraft der neuen Rechtsentwicklungen in Deutschland und anderswo zu verstehen, müssen wir ihre psychologischen, soziologi-

schen und politischen Dimensionen und Verflechtungen einbeziehen und die Abwehrprozesse der darin gezeigten Ängste, Aggressionen und Hoffnungen und Omnipotenzphantasien aufzudecken versuchen.

Existenzielle Unsicherheiten und Ungerechtigkeiten, inhumane Innen- und Außenpolitik in der »marktkonformen Demokratie«, eine Politik ohne und gegen die Bevölkerung und das Fehlen der Linken, haben die Proteste nach rechts verschoben und den Weg frei gemacht für die rechte Agitation.

Almuth Bruder-Bezzel, Dr. phil., Dipl.-Psych., Psychoanalytikerin (DGIP, DGPT) in eigener Praxis, Dozentin und Lehranalytikerin am Alfred-Adler-Institut Berlin. Zahlreiche Buch- und Aufsatzveröffentlichungen, vor allem zur Geschichte und Theorie der Individualpsychologie.

Christel Buchinger

Die gefährliche Spaltung der Unteren.

Der Vortrag soll am Beispiel eines Hartz-IV-Empfängers die Frage nach der Empathie für Arme entwickeln und der Frage nachgehen, warum sie in großer Zahl rechten Demagogen folgen, sowie die Frage aufwerfen, was von Linken und Demokraten erwartet werden muss.

1. Wie fühlt sich ein Hartz-IV-Empfänger, der sieht, wie die Flüchtlinge empfangen werden, ihm aber Hass und Verachtung entgegengebracht wird?

2. Er fürchtet, dass es nun noch schwerer wird, eine Wohnung zu bekommen, an eine gute Arbeit ist überhaupt nicht zu denken und dass nicht die Reichen die Kosten der

Flüchtlingsschleife tragen werden, sondern wir Unteren. Und er hat Recht. Die Menschen widerspiegeln nämlich die Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft richtig, wenn auch zum Teil verschoben. Der Hartz-IV-Empfänger fühlt sich von der Gesellschaft verhöhnt und alleine gelassen. Die Folge: Unmut, Wut, Empörung, auch Aggressionen gegen andere und sich selber!

3. Weder die Hartz-VI-Empfänger noch die anderen Lohnabhängigen, die um ihre sozialen Standards fürchten, zünden Banken an, stürmen Werkshallen, besetzen Bahnhöfe. Sondern es brennen die Flüchtlingsheime, weil es gelungen ist, Angst, Hass, Wut eines großen Bevölkerungsteils auf die Migranten zu lenken. Damit werden nicht nur die Unteren gespalten, sie werden selber zum Instrument, das sich gegen alle Unteren richtet, gegen sie selbst.

4. Die politische Spaltung der Unteren ist gewollt und vielleicht/wahrscheinlich sogar zielgerichtet herbeigeführt. Pegida und AfD sind interessant für den Hartz-IV-Empfänger, weil sie Gelegenheit bieten, die Wut zu zeigen, weil die Medienaufmerksamkeit auch Aufmerksamkeit für den Hartz-IV-Empfänger bedeutet. Links kann das in diesem Umfang nicht bieten. Die politische und gesellschaftliche Linke macht zudem den Fehler, zwar die Sorgen und Ängste der Bevölkerung zur Kenntnis zu nehmen, aber nicht ihre Wut. Wut drängt zum Handeln. Möglichkeiten zum eigenen Handeln haben Linke aber kaum angeboten.

5. Hilfe und Empathie brauchen nicht nur Flüchtlinge, auch deutsche Arme brauchen sie, auch jene, die politisch auf die rechte Bahn geraten sind. Nur caritatives Helfen reicht aber nicht, wir

müssen für und mit den Armen und Flüchtlingen kämpfen für ein besseres Leben. Ein solcher Kampf aber geht über das »Angebot« von AfD und Pegida hinaus.

Christel Buchinger, Jahrgang 1954, Diplom-Biologin, berufstätig in der Frauenweiterbildung und in der Politik; seit 1974 mit Unterbrechungen politisch aktiv in der Frauen- und Friedensbewegung, kurzzeitig bei der Linken; Marxistin, Feministin. Fellow beim Berliner Institut für Kritische Theorie (InkriT). Veröffentlichungen: Isoliert, zerstritten, elitär: Die Linken verweigern den Kampf um Hegemonie (e-Paper August 2015 und unter dem Titel »Das Versagen der Jungen Welt« auf dem Blog Rationalgalerie); Eine Partei nach ihrem Bilde – die Linke und die Medien (e-Broschüre 2013); Afghanistan – so werden die neuen Kriege gemacht (Mitverfasserin, Papyrossa Verlag 2011); Feministisches Manifest (e-Broschüre für die BAG Frauen der Linken 2008). www.aufstehn.wordpress.com.

Christoph Butterwegge

Der Neoliberalismus und die drei Großen Erzählungen unserer Zeit: Globalisierung, demografischer Wandel und Digitalisierung.

Aus dem Neoliberalismus, der ursprünglich eine Wirtschaftstheorie war, die als Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise und den Keynesianismus entstanden ist, hat sich eine Sozialphilosophie, ja eine politische Zivilreligion entwickelt, die alle Poren unserer Gesellschaft durchdringt. Deshalb ist seine Hegemonie, also die öffentliche

Meinungsführerschaft des Marktradikalismus, nur äußerst schwer zu durchbrechen. Diese geistig-moralische Vormachtstellung resultiert sowohl aus einer sehr erfolgreichen Strategie der Meinungsbeeinflussung durch think tanks (Denkfabriken) und Lobbyorganisationen wie auch aus der Anschlussfähigkeit popularisierter Botschaften des Neoliberalismus im Alltag. Eingebettet sind diese leicht verständlichen Botschaften in drei Große Erzählungen unserer Zeit: die Globalisierung, den demografischen Wandel und die Digitalisierung. Gemeinsam ist ihnen, dass sie den abhängig Beschäftigten Angst machen und den »Um-« bzw. Abbau des Sozialstaates legitimieren (sollen), der vermeintlich deshalb ein unausweichlicher Sachzwang ist, weil der »Wirtschaftsstandort Deutschland« sonst nicht wettbewerbsfähig wäre, die Altersvorsorge einer »vergreisenden Bevölkerung« unbezahlbar würde und ein großer Teil der Bevölkerung angeblich keine Erwerbsperspektive mehr besitzt. Behandelt werden soll, wie dadurch in der Öffentlichkeit ein Krisen- bzw. Katastrophenszenario entsteht, das zur Anpassung der sozialen Sicherungssysteme (Kürzung von Leistungen, Verschärfung der Anspruchsvoraussetzungen und Privatisierung von Lebensrisiken) zwingt. (Literatur: Butterwegge, Christoph/ Lösch, Bettina/Ptak, Ralf: Kritik des Neoliberalismus, 3. Aufl. Wiesbaden: Springer VS 2016)

Christoph Butterwegge, Prof. Dr., hat von 1998 bis 2016 Politikwissenschaft an der Universität zu Köln gelehrt.

Christian Dewanger

Ungleichheit als Produkt neoliberaler Selbstverwirklichungs-ideologie.

Ungleichheitserfahrungen werden durch gesellschaftliche Bedingungen erzeugt, z.B. indem Vermögen ungleich verteilt wird oder durch Kategorisierungen Minderheiten und Mehrheiten gebildet und voneinander abgegrenzt werden. Das Erleben von Ungleichheit aber ist eine Bedrohung für demokratische Strukturen und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Ein Profiteur des Verlusts demokratischer Strukturen und entsprechender Motor ist der neoliberale Markt. Wenn Arbeitnehmer ihre Interessen nicht mehr gemeinsam (zum Beispiel gewerkschaftlich) vertreten, sind niedrigere Löhne durchsetzbar. Wenn parlamentarische Mitsprache oder gerichtliche Beurteilungen reduziert bis ausgeklammert werden, z.B. durch geplante Schiedsgerichte (TTIP), lässt sich der Gewinn einfacher und höher erzielen. Dem insbesondere seit dem Systemzusammenbruch des Ostblocks Anfang der 1990er immer freier und stärker agierenden Neoliberalismus stehen aber zivilgesellschaftliche Bewegungen wie Attac, Occupy, Friedensbewegung, ehrenamtliche Flüchtlingshilfe usw. entgegen. Bislang aber konnten diese die neoliberale Ausbreitung nicht verhindern.

Neben gewichtigen ökonomischen Faktoren, die dafür verantwortlich sind, gibt es meines Erachtens auch eine psychologische Komponente: Ungleichheit ist konstituierend für die Entwicklung einer Identität durch das

Individuum, denn dieses benötigt die Abgrenzung vom »Anderen« zur Selbst-Definition. Zentrale Aspekte für die Persönlichkeitsentwicklung und unser Verständnis vom Menschsein in unserem Kulturkreis sind die Betonung der Individualität, der Selbstverwirklichung und des Anrechts auf Glück. Eben diese Aspekte aber werden von der neoliberalen Bewegung gleichsam benutzt und okkupiert.

Daher liegt die Aufgabe der Psychologie darin, die Deutung dieser Aspekte dahingehend zu reflektieren, dass ihr Missbrauch durch den Neoliberalismus nicht länger funktioniert und akzeptiert wird. Sie muss sich positionieren, wenn Selbstverwirklichung durch die New-Age-Bewegung zur Konsumware wird, wenn die Entfaltung der Individualität als Aspekt des Studiums nur durch Wettbewerb nicht aber durch Kooperation möglich sein soll, wenn das eigene Recht auf Glücklich-Sein das Unglück anderer legitimiert. Mit diesem Vortrag soll ein Anstoß hierfür gegeben werden, indem den Konzepten der Individualität, der Selbstverwirklichung und des Glücks sowie deren Benutzung durch unterschiedliche Akteure nachgegangen wird.

*Christian Dewanger, Dr., Lehrbeauftragter an der Europauniversität Flensburg, Institut für Erziehungswissenschaften – Abteilung Psychologie, *1974, verheiratet, zwei Kinder, 2003 Diplom in Erziehungswissenschaften, 2008 Promotion im Fach Psychologie, Lehrer für Taijiquan und Qigong. Ratsherr der Stadt Flensburg für die Wählergemeinschaft Wir-in-Flensburg, ehemaliger Referent für Hochschulpolitik und stv. Vorsitzender des AStA der Universität Flensburg.*

Boris Friele und Kathrin Groninger

»Die anderen kriegen alles, wir kriegen nichts.« Psychosoziale Arbeit im Spannungsfeld der Notunterkünfte für geflüchtete Menschen.

Die Zuwanderung von flüchtenden Menschen nach Deutschland erfuhr im Jahr 2015 einen neuen Höhepunkt. Bis in die Gegenwart funktioniert die Aufnahme und Versorgung der angekommenen und weiter einreisenden Menschen zu großen Teilen im Notfallmodus. Das gilt im besonderen Maße für die Unterbringung und Verpflegung der Flüchtlinge. Viele Asylsuchende wohnen seit mehr als einem Jahr in Behelfsunterkünften, was mit den bekannten psychosozialen Belastungen einhergeht. In den Hallen und improvisiert ausgestatteten Gebäuden und Übergangswohnheimen sind die Spannungen mitunter enorm hoch. In unserer psychologischen Arbeit mit Geflüchteten berichten uns Klient/innen über aggressives Verhalten, verbale und körperliche Auseinandersetzungen, Selbst- und Fremdverletzungen, Rausschmisse und Anklagen. Dabei werden Ungerechtigkeiten in der Behandlung verschiedener Gruppen beklagt (»die Syrer kriegen alles, wir kriegen nichts«) und schwellende oder eskalierende Konflikte zwischen Bewohner*innen in ethnisierenden Kategorien, nationalen Stereotypisierungen und anderen aus- und abgrenzenden Wahrnehmungsweise verarbeitet. Das Personal in den Einrichtungen und in Behörden, ehrenamtliche Helfer*innen und Fachkräfte der psychosozialen Arbeit agieren gleichfalls in diesem Gefüge.

In ihrem Beitrag »Die anderen kriegen alles, wir kriegen nichts« gehen die Referent*innen der Frage nach, in welcher Weise gesellschaftliche Spaltungen die psychologische Arbeit mit Geflüchteten aktuell bestimmen. Sie berichten von ihrem Versuch, gemeinsam mit Mitarbeiter*innen und Bewohner*innen die komplexen Spannungen und Konfliktsituationen in einer Notunterkunft zu analysieren und umsetzbare Interventionen zu entwickeln, die weiteren Spaltungsprozessen entgegenwirken könnten. In der Erörterung von Verlauf und Ergebnissen dieser prozessbegleitenden Arbeit, die in Anlehnung an die psychosoziale Konfliktanalyse (Becker & Groninger: 2014) strukturiert wurde, sollen insbesondere Handlungspotenziale in extrem restriktiven Situationen von Notunterkünften diskutiert werden, die von starkem materiellem, ideologischem und letztlich psychosozialen Druck geprägt sind. Hierbei soll das Gefüge der restriktiven Bedingungen einer Notunterkunft für Geflüchtete und deren diskriminierenden bzw. spaltenden Denk- und Verhaltensweisen der Beteiligten kritisch beleuchtet werden. Abschließend geht es in dem Vortrag darum zu diskutieren, welche Schlussfolgerungen sich daraus für die psychosoziale Arbeit mit Geflüchteten ergeben und welchen Beitrag Psycholog*innen und Sozialarbeiter*innen im Umgang mit Konflikten und gesellschaftlichen Spaltungsprozessen übernehmen können.

Boris Friele, Dr. phil., Dipl.-Psych., Systemischer Therapeut, Jg. 1969.

Kathrin Groninger, Dipl.-Psych., Psychologische Psychotherapeutin, Jg. 1975.

Beide sind am Behandlungszentrum

für Folteropfer e.V. (bzfo) – Abteilung: Zentrum für Flüchtlingshilfen und Migrationsdienste (zfm) angestellt. Die Referent/innen arbeiten psychotherapeutisch mit traumatisch belasteten Geflüchteten und leiten Projekte zur Fortentwicklung guter Praxis für die psychosoziale Versorgung von Flüchtlingen, die Gewalt erfahren haben. Siehe auch: <http://migrationsdienste.org/projekte/leben-neu-aufbauen.html>.

Mark Galliker

Wie stellt Angela Merkel in ihren Reden und Interviews gesellschaftliche und soziale Ungleichheiten dar?

Anhand einer Textsammlung wird dargelegt, wie die Bundeskanzlerin die bestehenden und neu entstehenden gesellschaftlichen Ungleichheiten sowie die sich verschärfenden sozialen Ungerechtigkeiten im eigenen Land ihren Bürgern- und Bürgerinnen präsentiert. Wie legitimiert sich die Meinung einer wichtigen Repräsentantin des veröffentlichten Bewusstseins der Herrschenden? Welchen Anschluss findet es an das in der Bevölkerung vorherrschende Alltagsbewusstsein, das u.a. auf der widersprüchlichen Formbestimmtheit der Arbeit sowie dem Camera-obscura-Effekt der Warenform basiert? Wie arbeitet Angela Merkel konkret sprachlich mit Verkehrungen und Ausblendungen von Realität, Neu- und Uminterpretationen von Signifikanten, stillschweigenden Implikationen und Explikationen, Beschönigungen, Idealisierungen und Psychologisierungen, Projektionen und Bezeichnungen von Sündenböcken, Wahrheiten, Halbwahr-

heiten und Unwahrheiten usw.? Wie manifestiert sich in medialen Auftritten Merkels die Widersprüchlichkeit des Neoliberalismus, der seit den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts das Versprechen der sozialen Marktwirtschaft und das sozialliberale Denken ablöste, einerseits antikeynesianistisch mit dem Appell an den Staat, sich aus der Wirtschaft zurückzuziehen und dieselbe den als naturgegeben aufgefassten Marktkräften zu überlassen und andererseits mit dem Bekenntnis zu mehr Staat und Staatschutz im Dienste der Monopole und des Finanzkapitals. Wie wird mit sogenannten Sachzwängen argumentiert, damit die Menschen scheinbar adäquat auf das sachlich Vorausgesetzte nach dem TINA-Prinzip reagieren (TINA=There is no alternative) und sich trotz allem mit einem instrumentellen Bewusstsein in prekären gesellschaftlichen Situationen einrichten? Zum Schluss wird die Frage diskutiert, welche methodischen Regeln besonders beachtet werden müssen, um in Zukunft das veröffentlichte Bewusstsein von Politikerinnen sowie Repräsentanten der Wirtschaft systematisch zu untersuchen und welche Konsequenzen für die Praxis sich hieraus ergeben.

Mark Galliker, Prof. Dr., Studium der Psychologie und Philosophie an der Universität Bern. Lehrtätigkeiten an den Universitäten Zürich, Heidelberg und Bern. Derzeit noch bei den Universitären Fernstudien Schweiz tätig (Module Sprachpsychologie, Emotions- und Motivationspsychologie). Eidg. anerkannter Psychotherapeut (pca. acp/FSP). Letzte Publikationen: 2016: Ist die Psychologie eine Wissenschaft? (Springer); 2015: Compendium psycholo-

gischer Theorien (Suhrkamp, Mitherausgeber: Uwe Wolfradt); 2013: Sprachpsychologie (UTB); 2012: Emotion und Motivation (Kröner).

Magda von Garrel

Der Beitrag der Schule zur Vertiefung der gesellschaftlichen Spaltung.

Kinder und Schulen: Spätestens seit der neoliberalen Überformung unseres Schulwesens sind Deutschlands Schulen – ungeachtet einiger Ausnahmen und anders lautender Beteuerungen – zu konkurrenzbetonten Biotopen geworden, in denen es deutlich mehr um die Aneignung abfragbaren bzw. testierbaren Wissens als um das Wohl der Kinder geht. Für arme Kinder läuft diese Entwicklung auf eine weitere Verschlechterung ihrer ohnehin schon immer von strukturellen Erschwernissen und erniedrigenden Erfahrungen geprägten Schulzeit hinaus.

Die nach wie vor hohe Quote an Schulabbrechern und arbeitslosen Jugendlichen verdeutlicht, dass nicht einmal die als besonders fortschrittlich geltenden Weichenstellungen (neu eingeführte Zweigliedrigkeit des (Regel-) Schulsystems sowie die partielle Umsetzung des Inklusionsgebotes) zu einer Entschärfung der Situation geführt haben. Insofern reißen sich auch diese Reformversuche in die Vielzahl der Maßnahmen ein, die zwar (angeblich) alle im Interesse der benachteiligten Kinder und Jugendlichen eingeleitet, aber nie richtig durchdacht und finanziert worden sind.

Dennoch erfüllen die letztendlich untauglichen Unterstützungsmaßnahmen

eine wichtige Funktion: Sie lenken ab von der Erkenntnis, dass sich unser Schulsystem in einem bislang nicht gekannten Ausmaß an der gesellschaftlichen Polarisierung beteiligt. Im Windschatten des ständigen Geredes über Chancengerechtigkeit hat sich schon längst ein Verständnis von Schule und Unterricht etabliert, bei dem es ganz vordringlich um die bestmögliche Anbahnung und Sicherung beruflicher Startvorteile geht. Vor diesem Hintergrund soll in dem Vortrag »Der Beitrag der Schule zur Vertiefung der gesellschaftlichen Spaltung« die Aufmerksamkeit vor allem auf diejenigen Schüler/innen gelenkt werden, die sowohl arm als auch weitgehend sich selbst überlassen sind. Dabei geht es insbesondere um die Bereiche vorschulische Erfahrungen, innerschulische Diskriminierungen, falsch und/oder zu kurzfristig angesetzte Förderangebote sowie um die daraus resultierenden Verhaltensmuster, die oft geradewegs eine Überweisung in eine Förderschule nach sich ziehen. Abschließend sollen auch noch die in den meisten Schulen vorherrschenden Rahmenbedingungen angesprochen werden, da diese so beschaffen sind, dass sie ebenfalls - zumindest indirekt - ihren Teil zur Zementierung der gesellschaftlichen Spaltung beitragen.

Magda von Garrel ist Sonderpädagogin und Diplompolitologin. Seit Beginn der 90er-Jahre des letzten Jahrhunderts war sie als Integrationslehrerin in Grund-, Haupt-, Sonder- und Berufsschulen tätig. Ihre auch in verschiedenen Bereichen der politischen Verwaltung gesammelten beruflichen Erfahrungen führten zu einer immer kritischeren Auseinandersetzung mit schulpolitischen Fragestellungen,

wobei die Situation armer Schüler/innen schon seit einiger Zeit im Vordergrund steht.

Uli Gellermann

Deutschland sucht den Superbettler.

Das ganze Leben ist ein Fest: Glaubt man der Mehrheit der Massenmedien fließt nahezu überall im Land der Schampus. Eine Kochsendung nach der anderen unterstellt, dass die Deutschen sich wesentlich mit der Zubereitung feinsten Speisen beschäftigen. Schöne Mädchen werden reich, wenn sie nur auf noch schöner dressiert werden. Und in den Castingshows wird auf einer unendlichen Straße des Glücks gesungen und getanzt, was das Zeug hält. Bald, ganz sicher ganz bald, wird es die Sendung »Germany's Best Beggar« geben. Denn auch die Katzenfutterfresser, die Flaschenangler und Handaufhalter brauchen in dieser Gesellschaft der Glückseligkeit ihre eigene Sendung. Auch, weil sie als Faktum der Wirklichkeit nicht vorkommen: Konstant referieren die Medien nur drei Millionen Arbeitslose, auch wenn rund sechs Millionen Menschen Hartz VI beziehen. Ganz kurz tauchen Alters- und Kinderarmut in Dreizeilern oder Zehnsekundern auf. Armut findet gern im Ausland statt und wir Deutschen haben Mitleid, aber damit nichts zu tun. Oder aber, wenn sie wie in Griechenland in einem deutschen Ferienland stattfindet, dann machen wir sie verächtlich. Armut darf bei uns nicht sein.

Uli Gellermann, freier Journalist und

Filmemacher. Er war Creative Director einer Werbeagentur, Referent für Öffentlichkeitsarbeit in der Berliner Senatsverwaltung und gibt heute das Web-Magazin RATIONALGALERIE (www.rationalgalerie.de) heraus. Gellermann lebt in Berlin.

Regina Girod

Auswirkungen von Ungleichheit und Ungerechtigkeit auf den Wertbildungsprozess in Deutschland lebender Jugendlicher mit Migrationshintergrund.

»Ich bin hier geboren. Wenn ich die Ausbildung schaffe, bekomme ich vielleicht eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung.«

Die Einwanderung in ein anderes Land oder eine andere Kultur erfordert eine immense Anpassungsleistung. Sie kann nur bewältigt werden, wenn beide, Einwanderer und Einwanderungsgesellschaft, zu ihrem Gelingen beitragen. Wer einwandert ist genötigt, eine Akkulturation zu erbringen, d.h. sich um einen allmählichen Erwerb der Standards der Aufnahmekultur zu bemühen.

Dadurch findet aber in der Regel auch eine Entfernung von den Werten der Herkunftskultur statt. Der Widerspruch:

»Wie integriere ich andere Normen und Verhaltensmuster in meine Persönlichkeit ohne dabei meine eigenen kulturellen Wurzeln preiszugeben?«, prägt das Leben von mindestens 3 Generationen. In den aktuellen politischen Diskursen ist dieses Thema stark von rechts besetzt. Etwa mit dem Schüren von Ängsten vor »Überfremdung« oder der Beschwörung einer imaginären »deutschen Leitkultur«. Das bayerische Integrationsgesetz bringt

diese Denkungsart unnachahmlich auf den Punkt: »Bayern ist geformt von gewachsenem Brauchtum, von Sitten und Traditionen.« MigrantInnen seien verpflichtet, »sich in die von ihnen hier angetroffene Kultur- und Wertelandschaft, in Sitten und Umgangsformen einzufügen«.

Das Grundwissen darüber, wie Wertbildungsprozesse und die Übernahme von Normen erfolgen, das man z.B. in einem dreijährigen Fachschulstudium der Sozialpädagogik erwerben kann, scheint an der bayerischen Landesregierung bislang vorbeigegangen zu sein. Sozialisation erfolgt in der Wechselwirkung zwischen Individuen und Gemeinschaften. Das impliziert, dass sich beide Seiten in dem Prozess verändern. Vielleicht ist der bayerische Gesetzentwurf auch nur Ausdruck einer tiefen Angst vor Veränderung?

Ich unterrichte in Berlin künftige SozialassistentInnen und ErzieherInnen in sozialpsychologischen Themenfeldern. Dazu gehören Themen wie die Entstehung und Funktion gesellschaftlicher Normen und Werte oder die Frage, wie der Mensch sein eigenes Wertesystem entwickelt. In manchen Klassen haben mehr als 50% meiner Schülerinnen und Schüler einen Migrationshintergrund. Die meisten besitzen türkische Wurzeln, ihre Familien leben aber bereits in 2. oder 3. Generation in Deutschland. Die zweitgrößte Gruppe stammt aus arabischen Ländern, gefolgt von KurdInnen, BosnierInnen, und Jugendlichen aus Russland, Polen und anderen europäischen Ländern. Mit jedem neuen Semester nimmt die Zahl der Herkunftsländer zu. Aufgrund der Zugangsbedingungen haben sie alle das deutsche Schulsystem durchlaufen,

die meisten von ihnen wurden auch in Deutschland geboren. Da die Fähigkeit zur Selbstreflexion grundlegend für die Arbeit in sozialen Berufen ist, lässt der Lehrplan in meinem Fach Raum für die Diskussion individueller Sozialisationserfahrungen. Eine Verständigung darüber, welche Werte und Normen für den einzelnen bestimmend sind und warum es gerade die geworden sind, ist für die meisten Schülerinnen und Schüler eine neue Erfahrung. Gerade die Schüler mit Migrationshintergrund haben großes Interesse daran, mit deutschen Mitschülern und einer deutschen Lehrerin darüber sprechen zu können, was es heißt, zwischen zwei Kulturen aufzuwachsen. Mir ist in diesen Gesprächen bewusst geworden, wie stark Ausgrenzung, Abwertung, Ungleichheit und Ungerechtigkeit, die Jugendliche mit Migrationshintergrund in Deutschland immer wieder erfahren, ihren Wertbildungsprozess beeinflussen. Die in der Öffentlichkeit heiß diskutierte Rückzugstendenzen gerade muslimischer Jugendlicher in kulturelle Muster der Herkunftsgesellschaft ihrer Eltern sind Reflexe dieser Erfahrungen. Warum sollten sie die Werte einer Gesellschaft übernehmen, die sie nicht als gleichberechtigt akzeptiert? Wo finden sie stattdessen Anerkennung und Bestätigung? Welche echten Wertekonflikte können für uns alle daraus entstehen und wie ließe sich das ändern? Über diese Fragen möchte ich anhand von Beispielen aus meiner Arbeit sprechen und damit die Erfahrungen junger Menschen, die zu einer Minderheit gehören, in den Diskurs der Mehrheitsgesellschaft einbringen.

Regina Girod, Dr. phil., Studium und anschließendes Forschungsstudium der marxistisch-leninistischen Philosophie an der Humboldt-Universität, 1987 Promotion an der HU mit einer Arbeit zur Theorie politischer Kräfteverhältnisse bei Hans Kölsch, 1983–1989 Mitarbeiterin in der Kulturabteilung der SED-Bezirksleitung Berlin, zuständig für die Parteiorganisationen im Schriftstellerverband und im Verband Bildender Künstler, nach 1990 verschiedene Buchprojekte, 8 Jahre Inhaberin zweier Firmen im Pflegebereich, seit 2005 Mitarbeiterin einer linken Bundestagsabgeordneten, Mitbegründerin des Bundes der Antifaschisten in den neuen Bundesländern, seit dem Zusammenschluss zur gesamtdeutschen VVN-BdA im Jahr 2002 eine ihrer Bundessprecherinnen, seit Oktober 2004 leitende Redakteurin des von der VVN-BdA herausgegebenen Magazins »antifa«, Publikationen zu literarischen und philosophischen Themen.

Natalie Grimm

Statusakrobatik. Biografische Verarbeitungsweisen von Prekariationsprozessen.

Statusfragen als Ausdruck sozialer Ungleichheiten erleben derzeit eine Renaissance durch die Pluralisierung von Beschäftigungsformen und den Anstieg atypischer Beschäftigung. Immer mehr Personen bewegen sich am Arbeitsmarkt dauerhaft in einer Zwischenzone, die durch eine Unübersichtlichkeit von Statusformen und Erwerbspositionen gekennzeichnet ist. Biografisch erreichte Statuspositionen werden zudem seit der Einführung des SGB II wohlfahrtstaatlich

nicht mehr oder nur noch sehr begrenzt abgesichert. Statusturbulenzen und Statusverluste sind im Zuge der Prekarisierung der Arbeitswelt zu einer Alltagserfahrung geworden und immer mehr Personen können ihren sozialen Status über Erwerbsarbeit nicht (mehr) auf Dauer absichern. Dennoch bleibt trotz all dieser Hinweise auf neue gesellschaftliche, wie individuelle Verunsicherungen das Verhältnis von Prekarisierungsprozessen und sozialer Positionierung meist eine Leerstelle in der wissenschaftlichen Diskussion. Auch welche Auswirkungen die angesprochenen Phänomene auf gesellschaftliche Integrationsmodi haben, wird nicht systematisch beschrieben. Ebenso bildet der Einfluss vermehrter Statuswechsel auf das subjektive Erleben der Individuen, deren Wertmaßstäbe, Handlungsstrategien und Zukunftsplanung eine Leerstelle in der Forschung. Ein Grund dafür ist unter anderem, dass sozialstrukturelle Verhältnisse an Komplexität gewonnen haben, da Prekarisierungsprozesse und die Neujustierung sozialer Sicherungssysteme nicht zu einer klaren Spaltungslinie innerhalb der Gesellschaft führen, sondern zu einer Vervielfältigung von Arbeitswirklichkeiten, Biografien und Statusformen. Um diese Lücke zu schließen, plädiere ich für eine methodisch modifizierte Neuauflage der Statusinkonsistenzforschung, in der Statusinkonsistenzen vor allem sozialbiografisch im Längsschnitt und qualitativ auf der Subjektenebene interpretiert werden. Durch die Mikroperspektive und die Binnensicht der Subjekte ist es möglich, Erfahrungen von Statusunsicherheit und Ungleichheit sichtbar zu machen. Der Vortrag befasst sich daher auf Basis biografisch-narrativer Panelinterviews

mit der Veränderung gesellschaftlicher Statusordnungen und deren individueller Verarbeitung. Herausgearbeitet werden dabei Statusakrobatinnen und Statusakrobaten unterschiedlichster sozialer Herkunft, die sich zwar den veränderten Arbeitsmarktbedingungen anpassen, diese aber auch durch ihre jeweils spezifischen biografisch geprägten Handlungsmuster verändern und prägen. Sie investieren viel mit dem Ziel der Statusoptimierung, sie passen sich an zur Statusstabilisierung, sie externalisieren und protestieren im Kampf um Anerkennung und Statusrückeroberung oder orientieren sich mit dem Ziel, einen sozialen Status in der Erwerbsarbeitsgesellschaft zu erwerben. Insgesamt wird deutlich, dass durch Prekarisierung hervorgerufene Statusinkonsistenzen gesellschaftliche Integrationsmechanismen aushebeln und gleichzeitig neue Unsicherheiten, Enttäuschungen und Stressauslöser hervorbringen. Durch häufige Erwerbsstatuswechsel und die damit zusammenhängenden sozialen Auf- und Abstiege sowie Erfolge und Misserfolge steht die soziale Selbstdeutung der Subjekte in Frage. Es kommt vermehrt zu Statuskämpfen um Anrechte und Anerkennung. Diese Statuskämpfe werden insbesondere in einem starken Abgrenzungsbedürfnis gegenüber gesellschaftlichen Gruppen sichtbar, die vermeintlich nicht so viel Leistung erbringen wie man selbst und deshalb – im Sinne der Leistungsideologie – weniger Unterstützung und staatliche Hilfeleistungen »verdient« haben. Empirische Grundlage des Vortrags: Von 2007 bis 2012 haben wir am Hamburger Institut für Sozialforschung eine umfangreiche qualitative Paneluntersuchung mit dem Titel »Prekarisierte

Erwerbsbiografien« durchgeführt.

Natalie Grimm, Dr., Soziologin, geb. 1978, 2006–2016 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Hamburger Institut für Sozialforschung, ab Oktober 2016 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen (SOFI). Forschungsschwerpunkte: Soziale Ungleichheit und Statusinkonsistenz, Wandel der Arbeitswelt, prekarierte Erwerbsbiographien, SGB II-Forschung, soziologische Biografieforschung. Eigene ausgewählte Publikationen zum Vortragsthema: (2016): Statusakrobatik. Biografische Verarbeitungsmuster von Statusinkonsistenzen im Erwerbsverlauf. UVK; (2013): Statusinkonsistenz revisited! Prekarisierungsprozesse und soziale Positionierung. WSI-Mitteilungen 2013, Heft 2, 89–97; mit Hirsland, Andreas; Vogel, Berthold (2013): Die Ausweitung der Zwischenzone. Erwerbsarbeit im Zeichen der neuen Arbeitsmarktpolitik. In: Soziale Welt. 64(2013),3; S. 249–268.

Gerhard Hanloser

Die Neuste Linke als erschöpfte Kraft auf dem Feld der Ungleichheiten.

Wo Erfahrungen mit Ungleichheit und Ungerechtigkeit gemacht wurden, fühlte sich seit Mitte des 19. Jahrhunderts eine Kraft auf den Plan gerufen, diese Erfahrungen zu versprachlichen, zu theoretisieren und einer Organisation zu zu führen: die Linke als ein mit der Arbeiterbewegung verknüpfter politischer Pol. Spätestens Anfang des 21. Jahrhunderts scheint sich die Linke nicht mehr als glaubwürdiger und machtvoller

Fürsprecher derjenigen präsentieren zu können, die unter Ungleichheit und Ungerechtigkeit leiden. Stattdessen bemächtigen sich neue Eliten, sogenannte Populisten und rechte Agitatoren der Anliegen der unteren Klassen, um ihnen beileibe nicht zu ihrem Recht zu verhelfen, sondern Ressentiments und Hassgefühle gegen Minderheiten oder andere konstruierte Feinde zu lenken. Welche Prozesse haben dazu geführt, dass Sprachlosigkeit, Theoriedefizite und organisatorische Ungewissheit in der Linken um sich greifen konnte, während die Rechte theorielos und alle Regeln kommunikativer Vernunft sprengend politische Organisationsmacht generieren kann?

Einige beklagen die »Künstlerkritik« (Luc Boltanski und Ève Chiapello), die ab 1968 um sich gegriffen habe – die Linke sei abgerückt von der Sozialkritik. Diese habe den Kapitalismus noch als sozial ungerecht begriffen und kenntlich gemacht, wo die Künstlerkritik lediglich bemängelte, dass die Selbsttätigkeit der autonomen Subjekte unterdrückt werde. Andere betonen den Epochenbruch von 89/90, der die weltpolitischen Koordinaten durcheinander gebracht und die Linke schlagartig marginalisiert habe. Und wieder andere werfen ein, dass die Linke lediglich auf dem kulturellen Feld und in der Behauptung diverser Identitätsmöglichkeiten historische Siege errungen habe, allerdings das Feld des Sozialen sträflich vernachlässigt worden sei.

Der Vortrag soll Schlaglichter auf Zerfallsprozesse der Linken als universalistischer Kraft gegen Ungleichheit und Ungerechtigkeit werfen und helfen zu erklären, warum die Linke als antagonistische Kraft kaum mehr wahrzunehmen

ist.

Gerhard Hanloser ist Sozialwissenschaftler und Pädagoge aus Berlin. Seine letzte Veröffentlichung als Herausgeber: Deutschland.Kritik, Unrast Verlag Münster 2015.

Lutz Hausstein

Der Kampf um die Deutungshoheit des Konzeptes der »relativen Armut«.

Seit Jahren herrscht ein immer erbitterter geführter Kampf um die Deutungshoheit über den Armutsbegriff sowie den diesem zugrundeliegenden Fakten zu Armut. Während absolute Armut in Deutschland erst seit kurzem wieder eine ansteigende Tendenz aufzeigt, steigt relative Armut schon seit längerem kontinuierlich immer weiter an. Und dies betrifft nicht nur eine einzelne Bevölkerungsgruppe, sondern breitet sich unter Arbeitslosen sowie prekär Beschäftigten ebenso wie unter Alleinerziehenden und Rentnern immer weiter aus.

Doch ist relative Armut nur die Abwesenheit von Luxus: Eine »gefühlte Armut«, wie es häufig durch die öffentlichen Meinungsbildner in der Politik und den Medien versucht wird darzustellen? Relative Armut ist, je nach Ausprägung, ein bestimmter Grad der Ungleichheit in der Bevölkerung eines kulturell homogenen, ausreichend großen Gebietes, die anzeigt, wie weit der arme Bevölkerungsteil von »Mitte der Gesellschaft«, den gesellschaftlich üblichen Normalitäten entfernt ist. Diese dadurch erzeugte Exklusion aus der Gesellschaft ruft bei den Betrof-

fenen die verschiedensten Folgen hervor: Minderwertigkeitsgefühle, Depressionen, Einsamkeit, Rückzug aus der Öffentlichkeit, psychische und physische Krankheiten, erhöhte Mortalität.

Die schon in den 80-er Jahren vermehrt wieder zunehmende Ungleichheit wurde ab 2005 mit der Inkraftsetzung der Hartz-Gesetzgebung durch die Herabsetzung des sozialen Existenzminimums mittels Hartz IV sowie der faktischen De-Qualifizierung der Arbeitslosen mithilfe der Abschaffung des Zumutbarkeitskriteriums einerseits und der Entfesselung von Leiharbeit und prekären Arbeitsverhältnissen andererseits erheblich beschleunigt und ausgebaut. Die In-Konkurrenz-Setzung von Arbeitslosen mit vornehmlich Niedriglohnbeschäftigten unter dem permanenten Damoklesschwert des Verlustes ihres Existenzminimums führte und führt zu einem Rattenrennen um die Arbeitsplätze, das eine fortwährende Erosion der Arbeitsbedingungen, vor allem aber auch der Lohnhöhen nach sich zieht.

Eine der dagegen zu ergreifenden Maßnahmen ist, neben weiteren notwendig flankierenden, ein Konzept zur Verhinderung relativer Armut. In der seit 2010 veröffentlichten Studien-Serie »Was der Mensch braucht« (aktuelle Version: 2015) wird so ein realitätsgerechtes soziokulturelles Existenzminimum berechnet, welches schon allein methodisch relative Armut verhindert. Gleichzeitig zeigt es auf, dass die seit Jahren von der Bundesregierung deklarierten »Regelsätze/-bedarfe« gesellschaftliche Teilhabe nicht nur zuverlässig ausschließen, sondern hart an der Grenze zu absoluter Armut entlangschrammen.

Die Beseitigung relativer Armut – absoluter Armut ohnehin – und somit eine deutliche Verringerung von Ungleichheit ist eine unbedingte Voraussetzung für eine befriedete Gesellschaft. Wie schon von Wilkinson/Pickett in ihrem Buch »Gleichheit ist Glück« ausführlich begründet, bringt eine stärkere finanzielle Gleichheit der gesamten Gesellschaft in überragend vielen Lebensbereichen einen Zugewinn für alle. Für die jetzt Verarmten ebenso wie für die derzeit Reichen und Superreichen. Mehr Gleichheit ist der Schlüssel für eine zufriedener, konflikt-freiere, lebenswertere und glücklichere Gesellschaft – höhere Ungleichheit hingegen deren Totengräber.

Lutz Hausstein, geboren 1968 in Dresden, seit 1989 mit Beginn des Ökonomiestudiums in Leipzig und dort Teilnehmer an den ersten Montagsdemonstrationen, nach Studienabschluss Tätigkeiten in der Privatwirtschaft in der Lebensmittel- und Getränkeindustrie, im Einzelhandel und als Selbstständiger in der Tourismusbranche, nach Durchsetzung der Agenda 2010 durch die Schröder-Regierung zunehmende Politisierung und Ende 2005 Eintritt in die neugegründete WASG, tiefere Beschäftigung mit der Armutproblematik und erste Veröffentlichungen hierzu ab 2008. Erste wissenschaftliche Studie zur Höhe der sozialen Mindestsicherung im Januar 2010 (Referenzen u.a.: Parallelbericht zum UN-Staatenbericht, Expertenanhörung im BT-Ausschuss für Arbeit und Soziales), nachfolgende Fortsetzung der Studienreihe 2011 und 2015, regelmäßige Veröffentlichungen zu vornehmlich sozial-, wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Themen.

Mihaela Iclodean

Von Herrschaftsverhältnissen in sozialen Einrichtungen.

Acht Monate lang habe ich mit unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten in der Inobhutnahmestelle eines Kinderheims sozialpädagogisch gearbeitet. Meine Aufgabe war es, den männlichen Jugendlichen eine Alltagsstruktur zu vermitteln, Deutsch zu unterrichten, Freizeitaktivitäten zu gestalten, sie zum Arzt zu begleiten und sie von ihrem Trauma ein wenig abzulenken. Das war zu Beginn eine sehr bereichernde Aufgabe, da alle Jugendlichen und MitarbeiterInnen hoch interessiert, neugierig und sehr dankbar waren. Ich ging so gerne zur Arbeit, wie lange nicht mehr.

In meinem Team waren sieben MitarbeiterInnen unterschiedlicher Berufsgruppen tätig: Erzieher, Sozialwissenschaftler sowie Sozialpädagogen. Bis auf den Gruppenleiter und einer Kollegin waren wir alle neu, aber alle hochmotiviert. Aufgrund des Personalmangels wurden zudem Kunsttherapeuten, Dolmetscher und ehemalige Bundeswehrsoldaten eingestellt. Da es Geflüchtete waren, wurde auf höherer Ebene beschlossen, dass sie vom »fachfremden« Personal betreut werden dürfen, was in Bezug auf deutsche Jugendliche nicht zugelassen wird. Das war eine große Chance für alle neuen MitarbeiterInnen, da sich alle mit Idealismus an so eine wichtige Aufgabe machten. Doch führten die Arbeitsverhältnisse und die hohen Anforderungen, bedingt durch die mehrfache Traumatisierung der Jugendlichen, schon nach vier Monaten zur Überforderung. Auf diese Verhältnisse machte ich meine Vorgesetzten aufmerksam, doch ließ sich

innerhalb der Strukturen wenig bewegen. Ich gab jedoch nicht auf, sondern sprach erneut mit dem Einrichtungsleiter, dem ich verkündete, dass ich einen Brief im Namen meines Teams an seine Vorgesetzten schicken möchte, um diese auf die Verhältnisse aufmerksam zu machen. Ich bot ihm an, diesen im Vorfeld lesen zu können, was er ablehnte und mich stattdessen ermutigte, diesen Brief abzuschicken.

In meinem Beitrag wird es um die Konsequenzen dieses Briefes gehen, um Herrschaftsverhältnisse in sozialen Einrichtungen und um Strategien diesen entgegenzuwirken. In solchen Verhältnissen bleibt die größte Herausforderung die eigene Subjektivität zu bewahren, ohne vom Mechanismus der Projektion vereinnahmt zu werden. Ich werde auf Anpassungsmechanismen (Parin), die »innere rassistische Organisation« (Davids) aber auch auf das Konzept der Objektverwendung (Winnicott) eingehen.

Mihaela Iclodean (Hannover), Dr. des. M.A. Sozialpsychologin, Soziologin und Anglistin, promovierte 2015 mit der Dissertation »Interkulturelles Theater und Psychoanalyse« im Fach Soziologie an der Leibniz Universität Hannover. Zusätzlich zu ihrem Studium erhielt sie das Zertifikat Ästhetische Bildung und Gestaltung an der Leibniz Universität Hannover. Seit 2007 ist sie Theaterpädagogin, davon fünf Jahre mit einer Festanstellung an der Staatsoper Hannover. Sie befindet sich zurzeit in der Ausbildung zur Kinder- und Jugendlichen Psychotherapeutin am Winnicott Institut Hannover.

Manfred Kalin

Zur gewaltförmigen Sexualökonomie nationalistischer Charaktere - Wilhelm Reichs »Massenpsychologie des Faschismus« zeitgemäß interpretiert.

Grundlage des Vortrages ist W. Reichs »Massenpsychologie des Faschismus« (1933), erschienen 1972 im Junius-Verlag. In den Auflagen nach 1933, etwa der im Fischer-Verlag (1974), »zweifelt« Reich an der klaren Begrifflichkeit der Erstaufgabe von 1933. »Der besseren Verständlichkeit halber« entfallen marxistische Begriffe. Diese Verunklarung ist im Erleben der sozioökonomischen Realität des Autors Reich dialektisch-materialistisch aufweisbar.

Die vier Teile meines Vortrages:

Die Prüfung der Reich'schen These für unser Erkenntnisinteresse, dass und wie aus familiärer Sexualunterdrückung und nicht gelöster Mutterbindung ein reaktionäres Weltbild entsteht.

Gelingt es Reich, Soziologie und Psychoanalyse in ein fruchtbares Arbeitsbündnis zu bringen?

Warum wurde die von Reich angewandte dialektisch-materialistische Philosophie »in interessierten Kreisen« eine diskriminierte Theorie?

Wie hat es die deutsche wissenschaftliche Wahrnehmung über Dahrendorf und Schelsky hinaus angestellt, den Klassenbegriff zu demontieren und unkenntlich zu machen?

Im ersten Teil erarbeite ich die Genese reaktionärer, leibfeindlicher Weltbilder. Als was sind Abspaltungen innerer seelischer Realitäten in kleinen, abgeschoteteten Kollektiven zu begreifen? Damit nehme ich eine Frage der Ausschreibung

auf: »Inwiefern haben sich gesellschaftliche Spaltungsprozesse im Subjekt bereits eingeschrieben und inwiefern werden durch Spaltungsprozesse psychische (lebenslange) Reifungsprozesse verunmöglicht?« Ich übersetze den Begriff »Spaltung« als psychologischen Begriff in den soziologischen Begriff »Entsolidarisierung«. Reich versucht auf lesbare Weise dasselbe.

Im zweiten Teil thematisiere ich, dass Reich das derzeitige methodologische Problem der gegenseitigen Segregation wissenschaftlicher Fragerichtungen schöpferisch »übersprang«.

Im dritten Teil meines Vortrages werde ich Reichs dialektisch-materialistische Denkbewegungen in seinem Text aufzeigen. Insofern scheinen die Arbeitsfragen des ersten Teiles erneut auf.

Der vierte Teil findet trotz seiner Kürze mein brennendes Interesse. In seiner Fragestellung sekundiert er Reich. Alle Vortragsfragen sollen sich aneinander hermeneutisch prüfen, d.h. sie »reden mit den anderen Fragen«.

Manfred Kalin, Dipl.-Päd., verheiratet, abgeschlossene Mechanikerlehre in Bitz auf der Schwäbischen Alb, Schauspielstudium in Stuttgart und Heidelberg, Tätigkeit als Berufsschauspieler, Theaterpädagoge, Diplom-Pädagoge, Sozialarbeiter im Jugendamt Frankfurt, Heilpädagoge im Klinikum der Universität Frankfurt, dort Transplantations- und Sterbebegleitung für Mukoviszidose-Patienten und ihre Familien, seit 2007 eigene Praxis als Psychodrama- und Gesprächstherapeut. Mitglied der Gesellschaft für Psychohistorie und politische Psychologie, der Deutschen Gesellschaft für phänomenologische Forschung, im Verband Freier Psycho-

therapeuten, Heilpraktiker für Psychotherapie und Psychologischer Berater, Veröffentlichungen in den Jahrbüchern für psychohistorische Forschung, <http://www.netzwerk-psychotherapie.de>.
Andreas Kemper

Klassistische Kollektivsymbolik, Proletarische Protestmännlichkeit, AfD.

UKIP, Front National, Trump oder auch AfD. All diesen Parteien/ Personen ist gemein, dass sie für mehr soziale Ungleichheit kämpfen und vor allem männliche Jugendliche aus den beherrschten Klassen an sich binden. Zur Erklärung dieses Phänomens greift der Vortrag zurück auf den Terminus »Proletarische Protestmännlichkeit«, den Otto Rühle bereits vor ca. einhundert Jahren in seiner Abhandlung »Die Psychologie des proletarischen Kindes« prägte und der auch der aktuellen Kritischen Männerforschung zugrunde liegt. Inwiefern lässt sich eine Kollektivsymbolik, Raummetaphern wie »die da oben«, verantwortlich machen für den Nebel des »Zweiten Bewusstseins« (Popitz), der letztlich zur Identifikation mit dem Aggressor führt? In welchem Zusammenhang stehen klassenbezogene Gewalt, Symbolisierungs(un)fähigkeit und Kollektivsymbolik?

Ist die Neue Rechte mit ihrem Kulturkampf, der vor allem um die »Begriffsherrschaft« geführt wird, bereits sehr viel erfolgreicher, als wir uns bislang eingestanden? Gelingt dieser rechte Kulturkampf so gut, weil a) die grundlegend klassenbezogene Topik der europäischen Kollektivsymbolik noch keiner angemessenen Kritik unterzogen wurde und b) der »linguistic turn«

Klassenfragen zudem ausgrenzte?
Inwiefern ist also der Erfolg faschistischer Bewegungen auch darauf zurückzuführen, dass es die Kollektivsymbolik proletarisch-männlichen Jugendlichen erschwert, ihre Diskriminierungserfahrungen und Hoffnungen adäquat zu symbolisieren?

Wie dem abstract zu entnehmen ist, wird der Vortrag eher Fragen als Antworten formulieren.

Andreas Kemper war in der profeministischen Männerbewegung aktiv, etablierte das erste autonome Referat für studierende Arbeiterkinder und war Mitherausgeber eines Einführungsbandes zum Thema »Klassismus«. Mit inzwischen über zweihundert Vorträgen referierte er seit 2013 über Ideologie und Netzwerke der AfD. Andreas Kemper promoviert am Institut für Soziologie an der Uni Münster zur Frage, warum Klassen vertikal klassifiziert werden und arbeitet beim AK Rechts des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung mit.

Hermann Klenner

Nachdenkenswertes über Gerechtigkeit versus Ungerechtigkeit.

1) Laut BRD-Grundgesetz (Art. 1) bekenne sich das deutsche Volk zur Gerechtigkeit, haben (laut Art. 56, 64) Bundespräsident, Bundeskanzler und Bundesminister einen Schwur auf Gerechtigkeit gegen jedermann zu leisten, und alle Richter (laut § 38 des Deutschen Richtergesetzes) zu schwören, dass sie »nur der Wahrheit und der Gerechtigkeit« dienen werden. Ist – wie Schönheit für Kunst und

Wahrheit für Wissen – Gerechtigkeit etwa das Maß für das Handeln von Machthabenden?

2) In nur etwa 1 % der jährlich etwa zwei Millionen bundesdeutscher Gerichtsentscheidungen wird das Wort Gerechtigkeit verwendet. Ist Gerechtigkeit also eher eine Leerformel (»holistische Fundamentalrhetorik«)?

3) Gegenwärtig werden wir von einer Gerechtigkeitsinflation heimgesucht. Gerechtigkeit scheint als zeitlos gültiges Maß richtigen Verhaltens die einzige Münze zu sein, die überall gilt, ein Schleusenbegriff also, durch keinen Inhalt beschwert, doch bereit, jedweden Inhalt aufzunehmen. Ein Wort aber, das alles bedeutet, besagt logisch nichts. Kann aber ein Wort, das logisch nichts besagt, psychologisch nicht vielerlei bedeuten und mancherlei bewirken?

4) Oder ist Gerechtigkeit bloße Ideologie, also ein interessebedingtes Vorurteil, bei der Legitimationsbeschaffung für Präventivkriegsunternehmen zum Beispiel? (In seinem Urteil vom 12. Juli 1994 über die Berechtigung von friedenssichernden Bundeswehrein-sätzen im Ausland hat das Bundesverfassungsgericht die fundamentale Frage danach aber, ob die militärische Beteiligung nur innerhalb gerechter Kriege erfolgen dürfe, klüglich vermieden).

5) Die Massenproduktion an Literatur über Gerechtigkeit kontrastiert mit einer davon unbeeindruckten Massenproduktion internationaler und sozialer Ungerechtigkeiten in Gestalt von Kriegen, Terrorismen, Verelendungen. Und sind nicht an die Stelle der wenigstens indirekt demokratisch legitimierten Reglements der Staaten die demokratisch unlegitimierten Reglements der Märkte und der Medien

getreten?

6) Wie sich mittels Data mining (Ngram Viewer) ergibt, wird in den deutschsprachigen Publikationen das Wort Ungerechtigkeit um ein Vielfaches seltener verwendet als die in der Alltagssprache überdurchschnittlich benutzte Jedermannsvokabel Gerechtigkeit. Hat damit ein Verschleierungsbegriff über einen Aufklärungsbegriff gesiegt?

7) In einer durchkapitalisierten Welt droht den von der Arbeiter- wie von der Frauenbewegung erstrittenen sozialstaatlichen Regelungen die Gefahr, nur noch als Linderungsmittel für die härtesten sozialen Gegensätze oder als Standortfaktoren im Rahmen einer globalen Konkurrenz geduldet zu werden. Der Rechtsstaat als Rechts-Staat. Wird aber nicht die Ungleichheit unter dem Gesetz perpetuiert, wenn die Gleichheit vor dem Gesetz sie ignoriert?

8) Der Kontrast zwischen den Gerechtigkeitsideen der Herrschenden und den Gerechtigkeitsideen der von ihnen Beherrschten ist kein pathologisches Vorkommnis; er gehört zur Macht-/Ohnmacht-Struktur herrschaftsförmig organisierter Gesellschaften. Deren Interessenstruktur nicht aufzudecken und die herrschenden Gerechtigkeitsideen nicht als Verschleierungsvokabular tatsächlicher Interessen aufzudecken ist ein Verrat an dem Wissenschaftsanspruch der Sozial- und Geisteswissenschaften. Oder?

Hermann Klenner, Jg. 1926; Prof. Dr. jur. habil.; Mitglied der Leibniz-Sozietät, zuvor der DDR-Akademie der Wissenschaften, Mitglied des Ehrenpräsidiums der Internationalen Vereinigung für Rechts- und Sozialphilosophie. Autor u.a. von: *Marxismus und Menschenrechte*

(1982); *Deutsche Rechtsphilosophie im 19. Jahrhundert* (1991); *Recht und Unrecht* (2004); *Historisierende Rechtsphilosophie* (2009); *Recht, Rechtsstaat und Gerechtigkeit* (2016); *Kritik am Recht* (2016, darin S. 425-447 eigene Bibliographie). Herausgeber einschlägiger Werke von Bacon, Hobbes, Locke, Spinoza, Kant, Humboldt, Hegel.

Carina López Uribe

MigrantInnen – gespaltene Subjekte.

Die MigrantInnen sind durch die Wirkung der Machtverhältnisse gespaltene Subjekte. Für Lacan ist die Spaltung des Subjekts ein Effekt der Sprache. Doch die Sprache ist nicht frei von Kräfteverhältnissen. Das Subjekt ist eher, mit Bruder (2014) gesprochen, »durch die Wirkung der ›Verkehrung«
gespalten. Für Bruder ist Verkehrung eine Zerstörung der Beziehungsfähigkeiten und ein gesellschaftlicher Zwang zum Verrat der Wahrheit des Subjekts. Eine Person mit Migrationshintergrund wird dazu gezwungen, den Normen und den gesellschaftlichen Erwartungen zu folgen. Gleichzeitig ist sie mit persönlichen Fragen und Probleme in der Aufnahmegesellschaft konfrontiert, die mit den alltäglichen Strategien nicht mehr zu bewältigen sind. Doch sie muss von Beginn an etwas leisten und beweisen, dass sie autonom und stark ist. Durch die »Fiktion der Selbstbestimmtheit« (vgl. Adler, 1912) verleugnet sie ihre eigene Ohnmacht, ihr Schmerz, ihr Leid. Warum tut sie das? Weil sie das Gefühl von Selbstbestimmung braucht. Auf diese Weise findet unbewusst Subjektivierung statt, welche nur unter

der Bedingung der Unterwerfung möglich ist (vgl. Foucault, 1982). Je mehr das Subjekt sich als autonom wähnt, desto mehr bleibt es dem Herrschaftsdiskurs unterworfen. Das Verleugnen der Unterwerfung unter die Macht ist zugleich die Verleugnung der Machtausübung, der Machtstrukturen. Trotz Verleugnung kann sich das Subjekt vom Minderwertigkeitsgefühl nicht befreien. Das Minderwertigkeitsgefühl wird von denjenigen übernommen, die von den Stärkeren als minderwertig bezeichnet werden, z.B. die MigrantInnen. So ist das Minderwertigkeitsgefühl in erster Linie ein Konstrukt, das von den anderen, den Schwächeren, übernommen wird. Aber warum? Wie gehen die MigrantInnen mit ihrer eigenen Spaltung um? Können sie ein Selbstwertgefühl (wieder) finden? Diesen Fragen möchte ich anhand einer Analyse biografischer Interviews nachgehen. Mit dem Vergleich des Textes mit anderen Äußerungen wird nicht das Individuum, seine Biografie oder seiner Wahrheit untersucht, sondern vielmehr seine Erzählung, seine Antworten in Relation zu anderen Aussagen (vgl. Bruder, 2003).

Carina López Uribe, Dr. phil., M.A., Erziehungswissenschaftlerin und Lehrerin. Sie unterstützt spanischsprachige MigrantInnen durch ehrenamtliche individuelle Beratung in Krisen- und Notsituationen. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Diskurstheorie sowie kultur- und diskursanalytische Psychologie.

Anton Perzy

Gesellschaftliche Spaltungsprozesse im Subjekt. Anmerkungen zu den psychologischen Mechanismen

ihrer Entstehung und Aufhebung.

Gesellschaftliche Spaltungen beginnen objektiv nicht »im Kopf«, subjektiv schon. Mehr noch als ein Ergebnis, welches gesellschaftlichen Zusammenhalt auflöst, sind sie Ergebnis einer Weichenstellung gesellschaftliche Verhältnisse in der Psyche des Menschen zu verankern noch bevor ein solcher Zusammenhalt entstehen kann. Wir müssen deshalb gesellschaftskritische, auch ethische und moralische Überzeugungen in der Art, wie sie von uns individuell und mit anderen zusammen zum Ausdruck gebracht werden, ebenso als ein zumindest teilweises Produkt der kapitalistischen Warengesellschaft begreifen. Der Druck der Verhältnisse korrumpiert auch unsere »privaten« Überzeugungen, wenn es darum geht, sie im täglichen Handeln zu realisieren. Unsere »Solidarität« gilt dann manchmal nur mehr unserem engeren Umfeld, mit dem wir in direkt erfahrbarer Abhängigkeit verbunden sind, oder unserem etwas weiteren sozialen Umfeld, dem wir uns zugehörig fühlen bzw. dem wir soziologisch angehören, aber nicht mehr uneingeschränkt anderen sozialen Gruppen oder allgemein, fremden Anderen. Gesellschaftliche Spaltungsprozesse sind im Subjekt eingeschrieben und verhindern ihre Aufhebung, wenn auf der psychischen Ebene keine Auseinandersetzung und Bewältigung dieser Spaltungen erfolgt. Soziales Kapital, welches wir erworben haben und uns unseren Platz in der Gesellschaft zuweist, muss auch daraufhin untersucht werden, inwieweit es eine gerechtere Gesellschaft erschwert. Einen Anknüpfungspunkt für eine gesellschaftliche Perspektivenverschränkung über die

unterschiedlichen sozialen Kapitale hinaus bietet die psychoanalytische Theorie in ihren vielfältigen Entwicklungen. Als eine Psychologie der handelnden Subjekte und als ein Mittel zur Gesellschaftsanalyse erlaubt sie es, ökonomische Prozesse, die zu sozialer Ungleichheit führen, und psychologische Prozesse, die diese unterstützen und ihrer Aufhebung entgegenwirken, zusammenzubringen. Dazu gehört beispielsweise, dass Ohnmacht und Schuld, als Einzelne gesellschaftliche Verhältnisse nicht grundlegend beeinflussen zu können, für eine kritische Betrachtung nicht nur aus der Verdrängung geholt und bewusst gemacht werden, sondern auch bewusst genutzt werden können. Spaltungsprozesse sind immer auch Verschleierungsprozesse. Ihre Thematisierung ist bereits Teil ihrer Aufhebung.

Anton Perzy, Dr. phil., Psychologe, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Europa-Universität Flensburg, Interesse an den psychologischen Aspekten von Entwicklung, Sozialisation und Bildung und den Zusammenhang zwischen Psychologie der Person, ihrem sozialen Handeln und Gesellschaft.

Georg Rammer

»Warum hassen sie uns?«

Nach dem Zusammenbruch des realsozialistischen Blocks begann der globale Siegeszug des neoliberal radikalisierten Kapitalismus – mit verhängnisvollen Folgen für die große Mehrheit der Menschen.

Wachsende Armut und Ungleichheit: Die vorherrschende neoliberale Politik mit der Verabsolutierung von Markt

und Wettbewerb und der Verwertung von Menschen als »Humankapital« hat eine riesige soziale Kluft geschaffen. Sozialstaat und Demokratie werden demontiert. Die Menschen reagieren auf die systematische Benachteiligung und Demütigung mit politischer Resignation, aber auch mit Ressentiments, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus.

»Kannibalische Weltordnung« (Jean Ziegler) beschreibt die Wirkung der Herrschaft neoliberaler Eliten im globalen Süden. IWF und Weltbank haben den Ländern selbstzerstörerische Bedingungen diktiert; auch die Freihandelsverträge der EU mit afrikanischen Ländern (EPA) bedeuten neokoloniale Ausbeutung. Den Folgen (Armut und Hunger, Entwurzelung, Auflösung staatlicher Strukturen) versuchen viele Menschen durch Flucht zu entkommen. Zerstörte Hoffnungen bleiben.

Militarisierung: Zur Absicherung der hegemonialen Interessen der »westlichen Wertegemeinschaft« sind Militarisierung und Kriege unausweichlich. Bundeswehr und Nato haben Pläne zur Unterdrückung und Bekämpfung der Folgen dieser Politik und zum Ausbau hegemonialer Wirtschaftsmacht. Aber »Terrorismus ist der Krieg der Armen und Krieg ist der Terrorismus der Reichen« (P. Ustinov): Der Hass nimmt zu und entlädt sich in Terroranschlägen.

Der Kern der ungerechten, destruktiven Verhältnisse ist eine neoliberale Politik, die Rechte, Bedürfnisse und Gefühle der Betroffenen nicht respektiert, also menschenverachtend ist. In einer Verkehrung von Ursache und Wirkung treibt die »westliche Wertegemeinschaft« die Ausbeutung und Militarisierung als »Krieg gegen den Terror« voran.

Georg Rammer hat als Psychologe in der Kinder- und Jugendhilfe gegen die Folgen von Armut und Ungleichheit angekämpft. Als Publizist schreibt er über Neoliberalismus, Fluchtgründe, Rassismus, Demokratieabbau und Militarisierung. Bei Attac engagiert er sich für die Verwirklichung der Grund- und Menschenrechte in einer realen Demokratie.

Werner Rügemer

Systemischer Verschleiß der Arbeitskraft.

Die tiefste Krise des transatlantischen Kapitalismus ist die der abhängigen Arbeit. Das gilt nicht nur für verarmte Staaten wie Griechenland und den Kosovo, sondern auch für die mächtigsten Staaten USA, Großbritannien, Frankreich und Deutschland. Ein statistischer Indikator ist die Festlegung, dass schon jemand, der eine bezahlte Arbeitsstunde in der Woche leistet, als beschäftigt gilt und nicht mehr als arbeitslos! Die im Lohn- und Honorarsystem Befangenen – die in vielfältigem Prekaritätsstatus Beschäftigten, aber auch Beschäftigte mit unbefristeten Vollarbeitsplätzen, free lancer, Scheinselbständige, Arbeitslose, Migranten, Rentner und ihre Angehörigen – werden in unterschiedlicher Weise rechtlich, finanziell, moralisch, körperlich und seelisch gezielt verschlissen. Etwa die erpressten und zugleich nicht bezahlten Überstunden summieren sich in Deutschland auf etwa 40 Milliarden Euro jährlich – und dies umfasst nicht die zunehmende Zahl der nicht dokumentierten Überstunden. Die Fähigkeit zur Selbst- und Situations-

erkenntnis und zur Selbstorganisation wird zerstört, durch die Rahmenbedingungen, aber auch durch gezielten Psychoterror. Medikamentenmissbrauch, Apathie und verdrängte Erkrankungen gehören zu den Folgen. Der Staat trägt durch Arbeits-, aber auch Renten- und Gesundheits-»Reformen« dazu bei. Arbeitgeber betrügen mit falschen Stundenlisten, verletzen das Arbeitszeit-, das Arbeitsschutz-, das Datenschutz- und das Mindestlohn-Gesetz. Arbeitgeber setzen hochbezahlte Profis ein und be- und verhindern Betriebsräte, kündigen Beschäftigten, die einen Betriebsrat gründen wollen – Straftaten nach Betriebsverfassungen-Gesetz § 119. Aber nirgends ist die Rechtsverfolgungs-Praxis auf einem so niedrigen Niveau. Diese Krise ist zugleich die am meisten tabuisierte und verzerrte Krise, und dies ist auch eine der Ursachen der bis in die Regierungen und staatlichen Institutionen reichenden Rechtsentwicklung.

Werner Rügemer, Dr., geb. 1941, Philosoph, Köln, arbeitet als Publizist, Berater und Stadtführer (www.werner-ruegemer.de), Mitbegründer der Initiative gegen ArbeitsUnrecht (www.arbeitsunrecht.de). Letzte Buchveröffentlichungen: Bis diese Freiheit die Welt erleuchtet. Transatlantische Sittenbilder aus Politik und Wirtschaft, Geschichte und Kultur, Köln 2016; Die Fertigmacher. Arbeitsunrecht und professionelle Gewerkschaftsbekämpfung (mit Elmar Wigand), 3. Aufl. Köln 2017.

Michael Schneider

Lesung aus »Ein zweites Leben«.

Als »Roman eines unfreiwilligen Neuan-

fangs« charakterisiert der Verlag dieses neue, autobiographisch beeinflusste Buch von Michael Schneider: »Nach dem plötzlichen Tod seiner Frau und der drohenden Stellenstreichung in seiner Fakultät verliert der Kulturwissenschaftler Fabian Fohrbeck den Boden unter den Füßen und bricht fast zusammen. In einer psychosomatischen Reha-Klinik erkundet er nicht nur verdrängte Bereiche seines eigenen Lebens. Er lernt auch viele durch Leistungsdruck, Selbstoptimierung und Zeitnot ausgebrannte Mitpatienten kennen. Die Klinik – und das ist die Parallele zu Thomas Manns »Zauberberg« – wird so zum Spiegelbild unserer modernen, kapitalistisch durchrationalisierten Arbeitswelt. Mit scharfem Blick und großem Feingefühl, aber auch mit Witz und Ironie erzählt Michael Schneider von Abschied und Neubeginn, Trauer und Liebe- und von einer Gesellschaft, die in einem verrückten Paradox gefangen ist: Mit technischen, vor allem digitalen Mitteln suchen wir immer mehr Zeit einzusparen- und haben doch keine mehr!« »Ein Roman über Zeit und Zeitlichkeit, über eine große Liebe und einen jähen Verlust. Und über die neuen Zumutungen einer durchgetakteten Arbeitswelt, in der Selbstoptimierung und Selbstverlust nahe beieinander liegen.« Uwe Timm.

»Wenn es mit rechten Dingen zugeht, müsste »Ein zweites Leben« als wichtige Zeitproblem-Diagnose in Romanform, als Gesellschafts- und auch als Liebesroman ganz vorne stehen. Ein Kompliment für diesen intelligenten, figuren- und geschichtenreichen Roman, der auf kluge Weise entschlüsselt den »rasenden Stillstand« der unmittelbaren

Gegenwart und ihm beikommt.« Stephan Reinhardt, Literaturwissenschaftler.

Michael Schneider, Prof. Dr., ist Schriftsteller, Publizist und Professor an der Filmakademie Baden-Württemberg. Er veröffentlichte essayistisch-wissenschaftliche Werke zur deutschen Literatur und Geschichte und über das Verhältnis von Politik und Psychologie, u.a. »Neurose und Klassenkampf«, Theaterstücke, Drehbücher und Novellen – u.a. die 1980 mit dem ZDF-Aspekte-Preis ausgezeichnete Zaubernovelle »Das Spiegelkabinett«. Er publizierte zwei umfangreiche historische Romane: »Der Traum der Vernunft. Roman eines deutschen Jakobiners«, 2001 und »Das Geheimnis des Cagliostro. Ein Schelmenroman«, 2007. Außerdem Veröffentlichungen und Beiträge in über 50 Zeitschriften, Magazinen und Anthologien.

Ulrich Schneider

Kein Wohlstand für alle!? Wie sich Deutschland selbst zerlegt und was wir dagegen tun können.

»Wohlstand für alle« lautet seit Ludwig Erhardt das zentrale Versprechen aller Regierungen. Tatsächlich jedoch werden seit Jahrzehnten Reiche immer reicher, während immer größere Teile der Mittelschicht abgehängt werden und von der Hand in den Mund leben müssen. Deutschland fällt auseinander, sozial, regional und politisch. Von gleichwertigen Lebensverhältnissen für alle kann längst keine Rede mehr sein. Das ist weder Zufall, noch Schicksal. Es ist das Ergebnis einer Politik, die sich immer stärker einem modernen Neoliberalismus verpflichtet sieht. Schonungslos

wird dokumentiert, wie es um die soziale Einheit Deutschlands wirklich bestellt ist. Er geht der Frage nach, wie es möglich ist, dass in einer Demokratie eine Politik Mehrheiten finden konnte, die wenige Reiche privilegiert, aber breite Bevölkerungsschichten benachteiligt, und die damit für immer größere Ungleichheit und Ungerechtigkeit sorgt. Die These: Es ginge auch anders. Er zeigt, wo Sozial- und Steuerreformen ansetzen müssen, um dieses Land wieder zusammenzuführen.

Ulrich Schneider, Dr., studierte an den Universitäten Bonn und Münster Erziehungswissenschaft und promovierte an der Universität Münster. Beim Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband war er tätig als Sozialwissenschaftlicher Referent, DDR-Beauftragter, Geschäftsführender Hauptreferent, Geschäftsführer für die Bereiche Grundsatzfragen, Gremien und Kommunikation, bevor er 1999 dessen Hauptgeschäftsführer wurde. Schneider tritt in Fernseh-Talkshows auf und ist ein gefragter Interviewpartner. Kritisch äußert sich Schneider über die im Rahmen der Agenda 2010 durchgeführten Reformen. Veröffentlichungen: Solidarpakt gegen die Schwachen. Der Rückzug des Staates aus der Sozialpolitik. Droemer Knauer, München 1993; Armes Deutschland. Neue Perspektiven für einen anderen Wohlstand. Westend, München 2010; Mehr Mensch! Gegen die Ökonomisierung des Sozialen. Westend, Frankfurt am Main 2014.

Rudolf Stumberger

Neoliberalismus als Konter-Utopie. Zur Übernahme und Abwandlung

gesellschaftlicher Träume im Sinne von Kapitaleignern.

Die Überwindung sozialer Ungleichheit ist seit der Antike ein immer wiederkehrendes Thema gesellschaftlicher Utopievorstellungen. Diese Utopien stellen soziale Ungleichheit in Frage und erfordern von den Privilegierten eine stete Legitimierung ihrer Privilegien. Der Vortrag thematisiert den Erfolg beziehungsweise die Durchsetzungskraft des Neoliberalismus seit den frühen 1980er Jahren unter dem Aspekt einer Konter-Utopie.

Das 20. Jahrhundert kennt zwei große emanzipatorische Utopie-Stränge. Zum einen die mit der Arbeiterbewegung auf das engste verknüpfte soziale Utopie, die soziale Reformen einfordert. Seit Mitte des 20. Jahrhunderts bildet sich zudem die grün-alternative Utopie heraus, sie setzt auf Ökologie und in Gefolge von '68 auf neue Lebens- und Arbeitsformen. These: Der Neoliberalismus dockt(e) an einige Themen der grünen Utopie an, nimmt sie auf und verwandelt sie neoliberal, während er als Konter-Utopie die soziale Utopie bekämpft. Möglich wurde dies vor allem durch die digitale Revolution und dem Internet. Der Autor rekonstruiert im Rückgriff auf den Utopie-Begriff Karl Mannheims die Beziehung des Neoliberalismus als Konter-Utopie zur sozialen und grün-alternativen Utopie.

Rudolf Stumberger, PD Dr., lehrt als Privatdozent Soziologie an der Goethe-Universität Frankfurt am Main mit den Schwerpunkten Sozialstrukturanalyse, Visuelle Soziologie und Soziologie der Utopie. Er arbeitet als Journalist und Publizist in München.

Friedrich Voßkübler

Gerechtigkeit? Was ist das?

Die Lage ist die: Die Mittelschicht erodiert. Die Prekarisierung schreitet voran. Der Finanzmarktkapitalismus stranguliert die Realwirtschaft und fordert, dass die Profitraten auf breiter Front auf Kosten der menschlichen Arbeitskräfte in seinen Metropolen und auf seinen weltweiten verlängerten Werkbänken steigen sollen. Dabei verschleppt er die Krise von 2007/8 und ist nun überdies davon betroffen, dass die Ergebnisse seiner Politik auf seine Stammländer zurückschlagen. Die Massenflucht aus den Krisengebieten belegt dies. Kein Wunder, dass da der Ruf nach Gerechtigkeit laut wird und die Forderung nach einem »Kapitalismus ohne Gier« Anklang findet. Das Problem ist aber nicht eigentlich die »Gier«, sondern die kapitalistische Produktionsweise selbst. Unter ihren Bedingungen gibt es keine Gerechtigkeit. Vielmehr ist sie systemisch dazu gezwungen, dass alles – bis aufs Messer! – dafür getan wird, damit dem für sie fatalen »Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate« entgegengewirkt wird. Der Vortrag stellt sich daher die Frage, was – ohne der Naivität anzuhängen, man könne den Kapitalismus moralisch zähmen – Gerechtigkeit ist und wie sie erreicht werden könnte. Er knüpft an Marx und Rosa Luxemburg an und kommt auch auf die philosophische Tradition zu sprechen.

Friedrich Voßkübler, Prof. Dr., 1992 habilitiert an der Universität Kassel bei Schmied-Kowarzik fürs Fach Philosophie, war dort Privatdozent und auch seit 1998 apl. Professor, seit 2002 lehrt er an der TU Darmstadt. Über dreißig

Jahre Gymnasiallehrer für Deutsch, Biologie, Philosophie und Ethik. Seit Dezember 2010 pensioniert. Forschungsschwerpunkte: Marx, Marxismus (Philosophie und Kritik der Politischen Ökonomie), Metaphysikgeschichte seit der Antike, Metaphysikkritik und Kritik des Poststrukturalismus aus der Sicht eines radikalen, aber selbstkritischen Marxismus, Kritik der Psychoanalyse (Lacan) im Sinne marxistischer Gesellschaftstheorie, Studien zu den Begriffen des Begehrens, der Liebe auf der Grundlage der »Welthistorischen Niederlage des weiblichen Geschlechts« (Engels). Schulungen und politische Tätigkeit im Rahmen der LINKEN und der Internationalen Marxistischen Tendenz (Trotzkisten). Hauptwerke: *Negative Dialektik als Problem*. 1978; *Der Idealismus als Metaphysik der Moderne*. 1996; *Kunst als Metaphysik der Moderne*. 2004; *Subjekt und Selbstbewusstsein*. 2010; *Etwas fehlt! Bildung zwischen persönlicher Sinnsuche und sozialer Emanzipation*. 2012; *Begehren, Lieben, Denken*. 2015; zusammen mit Klaus-Jürgen Bruder: *Lüge und Selbsttäuschung*. 2009. Zur Zeit arbeitet er an dem Buch »Ich-Du-Wir. Liebe als zwischenmenschliche Wahrhaftigkeit?«.

Timo K. Werkhofer

Ökonomische Ungleichheit und politische Subjektivität. Anmerkungen zu Hardt & Negris »Common Wealth«.

Unsere Wahrnehmungen ökonomischer und politischer Ungleichheit sind selbst ungleich: Während ökonomische Ungleichheit von weiten Teilen der Weltbevölkerung als ungerecht erkannt

wird, gilt das für die ungleiche Verteilung politischer Macht nicht oder in geringerem Ausmaß. Hardt & Negri haben in *Empire* (2002), *Multitude* (2004) und vor allem in dem letzten Band ihrer Trilogie *Common Wealth* (2010) versucht zu zeigen, wie diese Asymmetrie zu überwinden wäre:

1. Sozialismus sei zu keinem Zeitpunkt, wie noch die Kämpfer des kalten Krieges behauptet hatten, das Gegenteil von Kapitalismus gewesen; beiden Regimen sei es tatsächlich um die Lenkung und Kontrolle industrieller und letztlich kapitalistischer Produktion gegangen. Das Ergebnis dieser Politik sei heute die Präsenz kapitalistischer Wirtschaft in allen Teilen der Welt.

2. Dieser Kapitalismus unterscheide sich allerdings von dem des 19. Jahrhunderts darin, dass heutige Produktionsformen und Produkte zunehmend »immateriell« seien. Gesellschaftlicher Reichtum bestehe nicht mehr nur aus materiellen Gütern, sondern aus »Sprachen, Codes, Informationen, Affekte(n) und so weiter« (Hardt & Negri 2010, S.10). Erzeugt würden damit auch neue Formen von »Subjektivität selbst« (ibid., S. 12).

3. Aufgrund dieser Entfaltung von Subjektivität könne der Träger zukünftiger politischer Veränderungen nicht mehr eine mehr oder weniger homogene Arbeiterklasse sein; es sei nun die »Multitude«, die vielfältige, in sich differenzierte Menge der nun anders und zum Teil durchaus besser qualifizierten, aber immer noch abhängig Beschäftigten. Mit diesen Begriffen der Subjektivität und der Multitude greifen Hardt & Negri einerseits auf den italienischen Operaismus zurück, andererseits auf Machiavelli und Spinoza. In beiden Fällen kommt es allerdings

zu bemerkenswerten Verschiebungen: Die jungen Arbeiter aus dem italienischen Süden, die bei FIAT gegen ihre miserablen Arbeits- und Lebensbedingungen und damit auch gegen die Politik der PCI und die Gewerkschaften rebellierten und so den Operaismus ins Leben riefen, kämpften für eine unmittelbare Verbesserung dieser ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen, nicht für ein anderes politisches System. Und Machiavelli wie in seiner Nachfolge Spinoza hatten ein politisches Denken begründet, in dem gerade die Konflikte zwischen Herrschenden und Beherrschten zum Motor und konstitutiven Merkmal demokratischer Politik werden, und dies sollten Konflikte sein, die nicht durch einen Wechsel des politischen Systems – etwa die Übernahme der Regierung durch das Proletariat oder die Multitude – zu schlichten wären. Dem gegenüber erscheint die Revolution der Multitude, die bei Hardt & Negri auf eine befriedete und geeinte Weltdemokratie zuläuft, als eine seltsam abgemilderte, ja unpolitische Vision.

Timo K. Werkhofer, Dr. phil., Studium der Psychologie in Hamburg. Forschungsschwerpunkte: Ontogenese von Sozialität, Sprach- und Umgangsformen im Kulturvergleich; Sozial-, Kultur- und Ideengeschichte der Psychologie; Psychologie in ihrer Rolle als private Sozialphilosophie und Ersatzreligion.

Wolf Wetzel

Über gesellschaftliche Ohnmacht und systemische Übermacht.

Zweifellos ist die Dialektik und die umgekehrte Proportionalität der beiden

Aggregatzustände kein neues Phänomen, sondern ihr innerer Zusammenhang. Beides zu spüren, als erdrückend zu erleben, ist auch kein Neuzeitphänomen, vor allem dann nicht, wenn man den Zeithorizont auf die letzten 100 Jahre ausdehnt. Ist das Heute vergleichbar mit der Depression der 20er Jahre? Leben wir in einer Vorkriegszeit, wenn wir die Kriege weitab unberücksichtigt lassen? Wird in den letzten Jahren nicht so oft politisch und ideologisch vorgeladen, dass der erste Schuss von alleine fällt? Ist der gerne verwendete Vorwurf »Alarmismus« eine Form der Selbstanästhesierung – die Kehrseite der politischen Agonie?

Vor 30 Jahren galt der Vorwurf, einen Überwachungsstaat zu installieren, als pure Übertreibung, als krude Verschwörungstheorie. Seit den von Snowden 2013 veröffentlichten Papieren, der kurzen Aufregung, ist die weit verbreitete Haltung: So what?

Die Dokumentation: *We steel Secrets*: Die WikiLeaks Geschichte aus dem Jahr 2013 als Themenabend von 3 Sat hat folgenden Ankündigungstext:

»Der (...) Dokumentarfilm von Alex Gibney erzählt nicht nur die Geschichte von WikiLeaks (...) Die britische und amerikanische Totalüberwachung des Internets kommt dabei genauso zur Sprache wie die sorgfältige Vertuschung von militärischen Kriegsverbrechen im Irak: eindrucksvoll dargelegt am Beispiel der berühmten, immer wieder erschütternden Videoaufnahmen vom Beschuss und der Tötung irakischer Zivilisten und Reuters-Journalisten durch die Besatzung eines amerikanischen Hubschraubers 2007.«

Wir können das alles anschauen, wir können noch mehr beim Namen nennen,

wir können (danach) abschalten. Und entspannen.

Christian Schlüter von der Berliner Zeitung bietet uns folgende Diagnose an: »Die beunruhigende Pointe von »We Steal Secrets« lautet daher nicht, dass uns finstere Mächte bedrohen, sondern dass wir alle so unbekümmert wie freiwillig an der eigenen Unterwerfung arbeiten.«

Müssen wir uns das gefallen lassen? Was müssen wir uns gefallen lassen?

Wolf Wetzel war Autor der ehemaligen autonomen L.U.P.U.S.-Gruppe, die von folgenden Ereignissen geprägt war: Häuserkampfbewegung der 80er Jahre, Startbahnbewegung 1980-1991, Libertäre Tage in Frankfurt/M. 1986, Anti-Repressions-Kampagne 1987–90, Anti-Golfkriegskampagne 1991, Bundestagsblockade gegen die Abschaffung des Asylrechts 1993, Aufruf zur Verhinderung des grünen Sonderparteitags zum Krieg gegen Jugoslawien 1999. Von 2011 bis 2016 Vorstandsmitglied von Business Crime Control/BCC Frankfurt. Letzte Buchveröffentlichungen: *Der NSU-VS-Komplex. Wo beginnt der Nationalsozialistische Untergrund – wo hört der Staat auf?*, Unrast Verlag, 2015, 3. Auflage; *Der Rechtsstaat im Untergrund | Big Brother, der NSU-Komplex und notwendige Illoyalität*, PapyRossa Verlag, Köln 2015.

Raina Zimmering

Spaltung versus Diversität. Ideen zur Einhegung von Ungleichheit und Ungerechtigkeit am Beispiel des Zapatismus.

Diversität ist das Gegenteil des Vereinheitlichungsprinzips im Neoliberalismus,

der auf der Grundlage von sozialer und ökonomischer Spaltung einen Imperativ zum Verhaltensangleichung und Verhaltensanpassung mit sich bringt. Dieses disproportionale Verhältnis von Spaltung und Gleichheit erzeugt tiefe persönliche Spaltungen, die aus der erzwungenen Verleugnung des Selbst und dem Bedürfnis der Behauptung des eigenen Selbst stammen. Diversität ist diesem Prinzip entgegengesetzt. Es schafft die Grundlage dafür, dass sich das Selbst entfalten kann und kollektiv anerkannt wird.

Im Vortrag soll aus poststrukturalistischer Sicht, insbesondere durch das Instrument der Dekonstruktion von Jacques Derrida, der Versuch unternommen werden, über die mehr oder weniger passive Denkfigur der Chancengleichheit und der Gleichbehandlung hinauszugehen und Diversität als Gesellschaftsgestalt zu denken.

Wird Diversität als aktiver und kollektiver Begriff verstanden, so wird er zum Entwicklungsprinzip von Gesellschaften, der eine innere Grenze gegen Spaltungen setzt. Diese Gesellschaften können nur im Sinne einer »radikalen Demokratie« (Gustavo Esteva) agieren, in denen die Anerkennung des Selbst und des Unterschiedlichen (oder des Anderen, oder des Fremden) als kollektivem Prinzip durch Freiwilligkeit, Solidarität, Selbstverwaltung, kollektive Entscheidungsfindung, Gendergerechtigkeit, ein harmonisches Verhältnis zur Natur und die Übereinstimmung von Privatheit und Öffentlichkeit (im Sinne von Kants kategorischen Imperativ) erreicht werden. Diese Charakteristika können in fast allen utopischen Narrationen wieder gefunden werden, die den allgemeinen Wunsch der Menschen

nach Überwindung von Spaltungen ausdrücken.

Dass sich das soziale und kulturelle Prinzip von Diversität als Entwicklungsprinzip schon mehrfach in der Geschichte gesellschaftlich realisierte, ist weniger bekannt, da es vom neoliberalen Mainstream wie auch anderen Gesellschaftsordnungen nicht gewünscht und medial nicht verbreitet wurde und wird. In der Geschichte haben mehrfach Gesellschaften existiert, die Diversität zu ihrem Leitprinzip machten, auf diese Weise soziale als auch individuelle Spaltungen zurückdrängen und einhegen konnten (z.B. die anarchistischen Entwicklung in Barcelona während des Spanienkrieges, in der Ausländer die gleichen Rechte und Pflichten wie Katalanen hatten). Im Vortrag soll ein gegenwärtiges Beispiel unter poststrukturalistischer Sicht beschrieben und analysiert werden: das Beispiel des Zapatismus, der seinen Ursprung in den aufständischen indigenen Gemeinden in Chiapas in Mexiko hat und zur sozialen und kulturellen Idee neuen alternativen gesellschaftlichen Denkens und zum Gestaltungsprinzip in alternativen autonomen kulturellen Räumen in der ganzen Welt wurde. Diversität stellt im Zapatismus das Gegenteil von Spaltungen dar und ist eine Ermöglichtkeitsbedingung zur Überwindung von Ungleichheit und Ungerechtigkeit.

Raina Zimmering, Prof. Dr., studierte Geschichte, Kunstgeschichte und Ethnographie an der Humboldt-Universität zu Berlin, promovierte in Politikwissenschaften zur Außenpolitik Argentinien und habilitierte sich zum Thema des Zusammenhangs zwischen Demokratisierung und Sicherheitspolitik Argentinien.

tiniens, Brasiliens und Uruguays. Sie lehrte und forschte an der Humboldt-Universität Berlin, der Freien Universität Berlin, der Universität Potsdam, am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), der Universität von Buenos Aires (UBA), an Harvard-University und der Fletcher School of Diplomacy and Law der Tafts-University in den USA, der Autonomen Nationalen Universität Mexikos (UNAM) und der Nationaluniversität von Kolumbien in Bogotá (UNAL). Zuletzt war sie sechs Jahre Univ. Professorin und Abteilungsleiterin für Politik und Entwicklungsforschung am Institut für Soziologie der Johannes Kepler Universität Linz in Österreich. Sie verfasste eine Reihe wissenschaftlicher Schriften (Bücher, Buch- und Lexikabeiträge, wissenschaftliche Artikel und populärwissenschaftliche Zeitschriftenartikel) und besuchte als Mitglied der Internationalen Zivilen Kommission zur Beobachtung der Menschenrechte (CCIODH) indigene Gebiete und verschiedene Konfliktregionen Mexikos.



- psychologische Praxis wissenschaftlich begleitet und reflektiert und dabei an die geistes-, kultur- und sozial-wissenschaftlichen Traditionen anknüpft und sie erneuert,
- die fächerübergreifende Kooperation mit anderen Disziplinen zu pflegen, und zugleich
- die Identität des Faches trotz grundsätzlich anzustrebender Vielfalt der Diskurse zu entwickeln.

Die Neue Gesellschaft für Psychologie ist ein Zusammenschluss von PsychologInnen und Angehörigen verwandter Berufe, mit dem Ziel, ein diskursives, kritisches und reflexives Wissenschaftsverständnis der Psychologie weiterzuentwickeln, eine problemgerechte und gesellschaftlich verantwortliche Forschung und Praxis zu unterstützen und eine Erneuerung der geistes-, kultur- und sozialwissenschaftlichen Orientierung der Psychologie zu ermöglichen. Dazu sehen wir es als notwendig an:

- die Hochschulen und den Wissenschaftsbetrieb zu demokratisieren,
- die Gleichstellung der Geschlechter im Wissenschaftsbetrieb voran zu treiben,
- an der Überwindung der Spaltung von Wissenschaft und Praxis mitzuarbeiten,
- eine gegenstandsangemessene Forschung zu fördern, welche die gesellschaftliche (kulturelle) und geschichtliche Bedingtheit des Psychischen realisiert und sich an Alltagsnähe und Praxisbezug orientiert,

Die letzten Kongresse

2008

Können Marginalisierte (wieder) sprechen? Zum politischen Potenzial der Sozialwissenschaften

Kongressband: M. Dege, T. Grallert, C. Dege & N. Chimirri (Hg.) (2010). Können Marginalisierte (Wieder)sprechen? Zum politischen Potenzial der Sozialwissenschaften. Gießen: Psychosozial.

2011

Macht – Kontrolle – Evidenz

Kongressband: K.-J. Bruder, Chr. Bialluch & B. Leuterer (Hg.) (2012). Macht – Kontrolle – Evidenz. Psychologische Praxis und Theorie in den gesellschaftlichen Veränderungen. Gießen: Psychosozial.

2012

Sozialpsychologie des Kapitalismus – heute.

Kongressband: K.-J. Bruder, Chr. Bialluch & B. Lemke (Hg.) (2013). Sozialpsychologie des Kapitalismus – heute. Zur Aktualität Peter Brückners. Gießen: Psychosozial.

2013

Machtwirkung und Glücksversprechen

Kongressband: K.-J. Bruder, Chr. Bialluch & B. Lemke (Hg.) (2014). Machtwirkung und Glücksversprechen. Gewalt und Rationalität in Sozialisation und Bildungsprozessen. Gießen: Psychosozial.

2014

Trommeln für den Krieg

Eine Auswahl der Vorträge ist derzeit auf www.ngfp.de abrufbar.

2015

Krieg um die Köpfe

Kongressband: K.-J. Bruder, Chr. Bialluch & J. Hein (Hg.) (2016). Krieg um die Köpfe. Der Diskurs der Verantwortungsübernahme – psychologische, sozialwissenschaftliche und medienkritische Betrachtungen. Gießen: Psychosozial.

2016

Migration und Rassismus

Kongressband: K.-J. Bruder, Chr. Bialluch (Hg.) (voraussichtlich Februar 2017). Migration und Rassismus. Gießen: Psychosozial.

Organisatorisches

Tagungsgebühren

Soli-Preis: 200€, Regulärer Preis: 150€ (bis 31.01.17: 125€), Mitglieder der NGfP: 100€ (bis 31.01.2017: 80€), Personen mit niedrigem Einkommen und PsychotherapieausbildungskandidatInnen: 50€ (bis 31.01.2017: 40€), Studierende: 30€ (bis 31.01.17: 25€).

Tageskarten: 75€.

In den Tagungsgebühren sind ein kleiner Mittagsimbiss und Pausengetränke enthalten.

Wenn Sie am *geselligen Abend* mit kleinem Buffet und Getränken teilnehmen möchten, bitten wir zusätzlich um einen Beitrag von 20€, ermässigt 10€.

Nach dem Buffet gibt es Zauberei mit Michael Schneider.

Anmeldung

Anmeldung per Email bitte unter Angabe von Namen, Adresse, Preisgruppe, ob Sie Fortbildungspunkte erwerben wollen und ob Sie eine Teilnahme am *geselligen Abend* wünschen an folgende Adresse:

orga2017@ngfp.de

oder per Post an:
»Gesellschaftliche Spaltungen«
z. Hd. Dr. Christoph Bialluch
Hobrechtstr. 69
12047 Berlin

Bankverbindung:

IBAN: DE62 100 708 480 3682333 00,
BIC-/SWIFT-Code: DEUT DE DB110

(Bestätigung der Anmeldung erfolgt nach Eingang der Überweisung)

Zertifizierung

Die Zertifizierung wird bei der Psychotherapeutenkammer Berlin beantragt.

Ort/Unterstützung

Der *Kongress* findet mit Unterstützung und in den Räumen der *Rosa-Luxemburg Stiftung* statt. Die Adresse lautet: Franz-Mehring-Platz I in 10243 Berlin. (Nähe Berlin Ostbahnhof)

Internet

www.ngfp.de

